Beachtet besonders den Leitartikel!

Mitteilungen

des Syndikus des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens

Erscheinen nach Bedarf

Nr. 13 | 30. Dezember 1921 | Jahrg. III

1. Wichtige Mitteilung.

Die Portokosten wachsen ab 1. Januar 1922 ins Ungeheure. Papier und Arbeitskräfte verschlingen Unsummen.

Wir können deshalb auf minder wichtige Dinge schriftlich nicht mehr eingehen. Danksagungen für Spenden unterbleiben, der Briefverkehr wird auf das Notwendigste beschränkt.

Alles Wichtige, für die Bewegung Bedeutsame, wird weiter nachdrücklichst behandelt.

Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens.

2. Eine Erwiderung und eine Warnung

Von Justizrat Dr. Julius Brodnitz.

Der Freundlichkeit der Schriftleitung*) verdanke ich die Möglichkeit, zu dem Aufsatz von Dr. Max Naumann von meinem Standpunkte aus, und wie ich glaube, auch vom Standpunkt der erdrückenden Mehrzahl der deutschen Juden, erwidern zu können.

Ich möchte mich nicht zu eingehend mit der Ostjudenfrage befassen. Das ganze Problem ist neu und schwer. Ich erinnere daran, daß ein Mann wie der bedeutende evangelische Theologieprofessor Staerck in Jena in der Ostjudenbewegung den Anfang einer großen Wanderbewegung sieht, deren Ende wir noch gar nicht überschauen können und die uns hundert Jahre beschäftigen kann.

Die Ausführungen von Naumann werden dieser Frage nicht gerecht. Ich stehe nicht an, zu erklären, daß die Ostjudenfrage für uns Deutsche und insbesondere für uns deutsche Juden in der gegenwärtigen Zeit der schwersten Not unseres Vaterlandes ein großes Unglück darstellt. Es handelt sich für uns gar nicht um eine Frage, sondern um eine traurige Tatsache. Es ziemt uns aber nicht, hierüber wertlose Klagen zu erheben. Man muß den Dingen ins Auge schauen und muß versuchen, aus den gegebenen Tatsachen so viel herauszuholen, als im Sinne deutschjüdischer Kulturarbeit herausgeholt wer-

*) Dieser Aufsatz ist eine Erwiderung auf einen in den Mitteilungen der jüdischen Reformgemeinde erschienenen Artikel von Dr. Naumann. Einige Aenderungen, die dort mit Rücksicht auf den Charakter der Zeitschrift erfolgen mussten, sind hier unberücksichtigt geblieben.

den kann. Die Ausführungen des verehrten Predigers Coblenz*) weisen — ganz unabhängig von der Frage, ob die von ihm angegebenen Mittel den gewünschten Erfolg erzielen können — den Weg. Im Augenblick müssen wir uns mit der Tatsache abfinden, daß Tausende unserer Glaubensbrüder aus ihrer Heimat fliehen mußten und daß nach trauriger geographischer Zwangslage Deutschland das einzige Land war, in das sie zunächst flüchten konnten. Wir wollen dabei nicht vergessen, daß die deutsche Oberste Heeresleitung es war, die während des Krieges Tausende von armen Ostjuden über die Grenze gelockt hat, um sie als Arbeiter zu verwenden, und daß der Rücktransport dieser Aermsten für sie den Verlust der Freiheit oder gar des Lebens bedeutet. Wir wollen auch die Tatsache nicht vergessen, daß Tausende dieser Ostjuden als Handarbeiter, so z. B. in den westdeutschen Bergwerken, ehrlich ihr Brot verdienen. Man komme nicht mit Erklärungen wie dem Verlangen nach Schließung der Ostgrenzen. Niemand, und insbesondere kein deutscher Jude hat sich der Schließung der Ostgrenzen widersetzt, selbstverständlich sofern die Grenzen nicht nur den Juden gegenüber geschlossen sind. Dies war insbesondere jederzeit der Standpunkt, welchen der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens den beteiligten obersten Instanzen gegenüber vertreten hat. Wir wissen aber alle, daß die Schließung der Ostgrenzen, wie die Verhältnisse in unserm unglücklichen Vaterland nun einmal liegen, nicht durchgeführt werden kann und nicht durchgeführt wird. Diesen Tatsachen gegenüber ist es wohlfeil, auf den Tisch zu klopfen und auszurufen: „Die Grenze muß geschlossen werden!" Eine solche Proklamation steht auf einer Linie mit den bekannten Resolutionen von Vereinen gesinnungstüchtiger politischer Philister. Selbstverständlich müssen wir auch diese Frage ausschließlich vom Standpunkt der deutschen Juden beurteilen. Ich halte es allerdings für eine blutleere Phrase, wenn man von dem Primat des Deutschtums spricht. Ich werde hierauf noch zurückkommen. Der deutsche Jude ist Deutscher und Jude, und es ist ein verfehltes Beginnen, prozentual und rangordnungsmäßig festzustellen, wie Deutschtum und Judentum sich in ihm verteilt. Aber eines muß gesagt werden: die Leiden des Ostjuden sind immer auch Leiden, die über Menschen gekommen sind, die Menschenantlitz tragen und menschlich empfinden, und die über sie gekommen sind lediglich deshalb, weil sie Juden sind. Dieses Empfinden können und wollen wir uns nicht aus dem Herzen reißen. Es darf uns selbstverständlich nicht zu einem Vertuschen und zu einem unwahrhaftigen Denken und Handeln verführen. Der östliche Schieber und der östliche Betrüger und Wucherer sind Schädlingspflanzen genau so wie der deutsche Schieber, der deutsche Betrüger und der deutsche Wucherer; und wir deutschen Juden empfinden doppelt und dreifach den Schaden, den ein Schieber, Betrüger und Wucherer uns zufügt, wenn und weil er Jude ist. Darum spreche man nicht von einer Bewegung gegen arme, vertriebene, ehrliche Ostjuden, sondern man spreche von einem Kampfe gegen Schädlinge, gegen Betrüger, Schieber, Wucherer aller Art. Gerade weil wir deutschen Juden unser Deutschtum so stark und so lebensvoll empfinden, gilt unsere Kampfansage solchen Elementen mit besonderer Energie. Alle Maßnahmen, an denen sich die deutschen Juden beteiligt haben, insbesondere die Arbeit, welche die maßgebenden Organisationen im Verein mit dem Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens verrichtet haben, waren immer von dem Gedanken getragen, daß wir alle sittlich minderwertigen, alle kriminell belasteten, alle arbeitsscheuen Elemente weit von uns weisen, daß wir dagegen es als eine Kulturarbeit auch im Sinne deutschjüdischen Empfindens betrachten, wenn wir arme, vertriebene Glaubensbrüder, die ehrliche Arbeit verrichten wollen und denen ein Weg aus Deutschland nicht gegeben ist, in ihrem Streben nach ehrlicher Betätigung unterstützen. In diesem Sinne hat insbesondere, und zwar in dauernder Fühlung mit den maßgebenden Instanzen, das Arbeiterfürsorgeamt der jüdischen Organisationen Deutschlands gearbeitet. Es ist leicht, mit unausführbaren Proklamationen mehr oder minder gute Artikel zu schreiben. Aber Hut ab vor den Männern und Frauen, die sich der schweren Arbeit unterziehen, armen, jüdischen Flüchtlingen ehrliche Arbeit zu schaffen und sie nicht in Schiebertum und Wucher und sonstige unehrliche Betätigung zu drängen! Hut ab insbesondere vor den deutschen Männern und Frauen, die das, was wir deutschen Juden den flüchtigen Glaubensbrüdern reichen können, mit warmer Hand und nicht mit kalter Hand geben. Allerdings können sie dies nicht tun, wenn sie diese Arbeit als eine Hilfsarbeit betrachten, die fremden Negerstämmen zuteil wird. Der liberale Geistliche, den Naumann zitiert und der erklärt hat, er habe den Vergleich mit den Negern wie einen Peitschenhieb empfunden, hat vollkommen recht. Wenn Naumann erklärt, der Geistliche, der ihm dies geschrieben habe, empfinde jüdischnational und nicht deutschnational, so klingt ihm ein Hohnschrei der guten deutschen Juden entgegen, deren nationaldeutsches Empfinden so kräftig ist, daß sie jedem Zweifel an ihm nur mit einem Lächeln begegnen können.

Zur Frage der Dissidenten kann ich mich kurz fassen. Daß Naumann dem Rate kluger Männer gefolgt ist und aus den Satzungen des Verbandes der nationaldeutschen Juden die Bestimmung gestrichen hat, welche die Aufnahme von Dissidenten jüdischer Abstammung gestattet, ist löblich und ehrt ihn. Daß es aber überhaupt möglich gewesen ist, zu jüdischer Arbeit aufzurufen und sich hierbei auch an Dissidenten zu wenden, ist für den Geist der Bewegung charakteristisch und zeigt, daß die ganze Bewegung unjüdisch ist. Wer daran zweifelt, der lese das kürzlich erschienene Heft von Naumann „Vom mosaischen und nichtmosaischen Juden". Er kann dort Wunder erleben. Ich begnüge mich mit einem Zitat aus dem zusammenfassenden Schlußkapitel dieser Schrift, in welchem Naumann zusammenfassend definiert, was seiner Meinung nach unter „Judentum" verstanden wird: 1. die jüdische Abstammung, 2. die jüdische „Religion", 3. die amtliche Zugehörigkeit zur jüdischen Religionsgemeinschaft. Er schreibt: „Die jüdische „Religion" verdient den Namen „Judentum" nur, wenn sie fest im Boden jüdisch-völkischer Gemeinschaft wurzelt, wenn sie verkettet ist mit jüdischem Nationalgefühl, wenn die Verehrung des einzigen Gottes verknüpft ist mit der Ueberzeugung, daß dieser Gott auch heute noch sein auserwähltes Volk vor anderen liebe, daß er es erhöhen werde, wenn die Stunde reif ist, und zurückführen in das

*) Dr. Coblenz ist für Erziehung der Ostjuden zu deutscher Kultur und Schutz nur derjenigen Elemente eingetreten, die sich dieser Kulturarbeit nicht widersetzen.

Land der Väter." Was sich sonst Judentum im religiösen Sinne nenne, sei zwar Religion, aber Judentum nur dem Worte nach.

Welche völlige Verkennung der jüdischen Psyche! Welch völlige Verkennung der Religion, die nach Naumann ein starres, unabänderliches Wesen darstellt! Welch völliges Verkennen des Denkens und Empfindens der Juden, die dauernd in sich kämpfen und mit sich ringen, um ihren Gott zu finden! Welch völliges Verkennen der hohen Stellung jedes mit sich ringenden und strebenden Juden in der Entwicklung unserer jüdischen Religion! Welch völlige Verkennung der Prophetenarbeit. Hier wie in der Ostjudenfrage eine völlig unjüdische Einstellung.

Ich komme damit zum sog. nationaldeutschen Judentum überhaupt, und ich glaube, in dieser Frage berufen zu sein, meine Stimme zu erheben als einer der Männer, denen das Glück zuteil geworden ist, unter Maximilian Horwitz und Eugen Fuchs als ihren Führern um Deutschtum und Judentum zu kämpfen. Wir haben viel in diesem Kampf erlebt und erleben jeden Tag erneut Dinge so schrecklicher Art, daß der ererbte Optimismus des Juden dazu gehört, um jede Resignation aus unseren Kreisen zu bannen und die frische Lebensfarbe nicht zu verlieren.

Die Abwehrbewegung ist im wesentlichen vor uns — wenn wir von einzelnen großen Führern wie dem unsterblichen Gabriel Rießer absehen — von Christen verrichtet worden. Die Arbeit konnte lebenskräftig erst verrichtet werden, als wir Juden die Parole ausgaben, daß nur der Jude selbst mit voller Kraft und Lebensfülle für die Bejahung seines sittlichen Selbst kämpfen könne. Achtung vor den Christen — ihre Zahl ist nicht groß —, die uns in diesem Kampfe unterstützt haben und unterstützen. Dank sei ihnen! Aber „Leben nur kann Leben geben!" Nicht logische Kritik kann einen Kampf auskämpfen, der, darin stimme ich Naumann zu, auf der Gegenseite nicht nur von gedanklichen Erwägungen getragen wird. Es mag mancher von uns, es mögen sogar sehr viele von uns unserer Bewegung sich zunächst nur als Trutzjuden angeschlossen haben. Wir sind die Kinder einer rationalistischen Zeit, in der man sich einredete, die Fragen des Lebens rein verstandesgemäß lösen zu können. Das war ein Irrtum und ist längst überwunden. Der Kampf kann nicht gekämpft werden nur den Finger auf die Verfassung gerichtet. Er kann nur ausgekämpft werden von Männern und Frauen, die aus innerem Erlebnis heraus in Reih und Glied stehen. Aus dieser seelischen Einstellung ergab sich ein dicker Trennungsstrich zwischen den jüdischnational empfindenden Juden und denen, die wie wir ihr Deutschtum und ihr Judentum in sich erlebt haben und erleben. Naumann scheidet zwischen deutschnationalen, jüdisch-nationalen Juden und „Zwischenschichtlern". Er sagt in seiner oben erwähnten Schrift (S. 27): „Nationaldeutsch wurde, wessen Stammesblut durchlässig genug war, um die Säfte der deutschen Erde frei einströmen und zur Herrschaft gelangen zu lassen. Zwischenschicht wurde, wessen Blut nicht fest und nicht locker genug war, nicht fest genug, um die Stammeseigenart gegenüber den Bodenkräften zu behaupten, nicht locker genug, um dem Deutschtum freie Bahn zu geben."

Welch schiefe Auffassung! Welch rationalistische Denkweise von Naumann, der gerade darauf Wert legt, dem Irrationalen im Leben Rechnung zu tragen. Man sieht geradezu den Mann mit dem Rechenstift, der mathematisch berechnet, wieviel Tropfen deutschen Blutes und jüdischen Blutes in dem einzelnen deutschen Juden fließen oder gar, wieviel Deutsches und wieviel Jüdisches sich in den einzelnen Blutstropfen vereinigt. Welch unhistorische Auffassung! Der Mensch mag aufstellen, was er wolle. Er kommt über seine Vergangenheit, seine historische Entwicklung nicht hinweg. Aus dieser Entwicklung bildet sich ja gerade im Kulturleben die Fülle der Erscheinungen, die aus jedem ringenden und strebenden, jedem auf harmonische Entwicklung gerichteten Menschen ein eigenes Kunstwerk schafft, vor dem man Achtung haben muß, wenn es das Produkt ehrlichen Ringens und Strebens darstellt. „Wohl dem, der seiner Väter gern gedenkt!" Wir deutschen Juden stellen ein eigenes Gebilde dar, aus Deutschtum und aus Judentum in untrennbarer Lebensentwicklung gestaltet. Das Leben ist gewiß in erheblichem Maße Produkt des Willens, aber viel stärker sind die bodenständigen Kräfte, die sich aus der historischen Entwicklung ergeben. Nur rationaler Hochmut verlangt eine Uniformität und redet sich ein, eine solche schaffen zu können. Es wird so viel jetzt von Bodenständigkeit gesprochen, und Herr Naumann selbst spricht sehr viel davon. Was ist denn diese Bodenständigkeit anders als die Anerkennung der ureigenen Entwicklung des einzelnen Menschen und der einzelnen Menschenklassen. Wer lebensvoll mitarbeiten will im Vaterland und am Vaterland, der muß bodenständig sein. Sonst ist er kein Mensch, der lebenfördernde Kräfte entwickeln kann. Wir deutschen Juden glauben unserem Vaterlande am besten zu dienen, wenn wir in voller Betonung unserer ureigenen Persönlichkeit diesen Dienst verrichten. Ueber nationales Empfinden ist vor dem Kriege viel gesprochen worden. Worte, nichts als Worte. Leicht gesprochen, solange die Sonne des Glücks unserm lieben Vaterlande schien. Als die Not über uns kam, als wir erlebten, wie unser geliebtes Vaterland zusammenbrechen mußte, da haben wir Deutschen und wir deutschen Juden das Vaterland in uns erlebt. Als unser Herz sich zusammenkrampfte wie beim Tode eines nahen Angehörigen, da erlebten wir unser Vaterland. Und die Hunderttausende von deutschen Juden, die unter dem Banner des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens sich zusammengeschart hatten, erlebten nicht den Hurra-Patriotismus deutschnationaler Kreise, sondern sie erlebten mit der Selbstverständlichkeit einer Lebensfunktion ihr Deutschtum. Unsere Führer konnten befriedigt auf jahrzehntelange Kulturarbeit zurückblicken. Unsere Jünger waren es, die als Vorkämpfer des Deutschtums angesichts der Gefahren für Freiheit und Leben in Posen, in Westpreußen, in Oberschlesien, in Danzig, in Elsaß-Lothringen für ihr Deutschtum eintraten, eintraten mit der Selbstverständlichkeit, die dasjenige auszeichnet, was als moralische Lebensnotwendigkeit sich ergibt. Wer die heilige Stunde erlebt hat, als sich am 20. November dieses Jahres mehr als 300 Abgeordnete des Centralvereins zusammenfanden, um in der Not des Vaterlandes ohne Rücksicht auf Dank oder Undank ihr Bekenntnis zum deutschen Vaterlande abzulegen und zur Arbeit im Dienste des deutschen Vaterlandes als deutsche Juden aufzurufen, der steht geradezu fassungslos Gedankengängen gegenüber, wie sie Naumann vertritt. Herr Naumann mag es mir nicht verübeln, wenn ich diesen Lebenskräften gegenüber ihn in seiner natio-

nalistischen Einstellung, deren er sich offenbar gar nicht bewußt ist, als den eigentlichen nicht bodenständigen Zwischenschichtler bezeichne. Er und seine Freunde jagen einem blutleeren Gebilde nach. Der Kreis, der sich um ihn geschart hat, ist nicht groß, aber es sind immerhin Männer und Frauen darunter, auf die wir deutschen Juden schwer verzichten können, wie wir überhaupt in unserer Not auf jeden Mitarbeiter nur schwer verzichten dürfen. Ihnen gilt dieser Warnungsruf! Sie wissen nicht was sie tun. Sie sprechen von Dingen, die sie nicht kennen. Sie mögen die Aufsätze und Reden von Eugen Fuchs „Um Deutschtum und Judentum" lesen, um die bodenständige, lebensvolle Arbeit des Centralvereins zu erkennen. Vom ersten Tage ab hat der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens die Juden gesammelt „in der unbeirrten Pflege deutscher Gesinnung" (§ 1 der Satzungen). Mit dieser Satzungsbestimmung sind wir deutschen Juden ausgekommen, ausgekommen als bodenständige Juden, ausgekommen, weil sie sich für uns von selbst versteht. Ich habe oben schon erwähnt, welch falsches Beginnen es ist, nun prozentual berechnen zu wollen, wieviel Deutschtum und wieviel Judentum im deutschen Juden steckt. Ich habe bei Beginn der Bewegung warnend Herrn Naumann erklärt, und wiederhole es, daß, wer mir in meinem Blute einen Tropfen nachweist, der nicht deutsch ist, recht hat, wenn die Lebensarbeit von Hunderttausenden als vergeblich hingestellt wird. Aber ebenso sagte ich auch ihm, daß mir kein Tropfen Blutes nachgewiesen werden könne, der nicht Judentum auch enthält. Man klammere sich nicht rabulistisch an einzelne Aeußerungen und einzelne Worte. Auch der täglich mit sich ringende Mensch ist sich über sich selbst nicht sofort und nicht in jedem Augenblick klar. Man müßte sonst eine Sammlung blutleerer Schemen darstellen. Was ich von mir gesagt habe, gilt für alle die Strebenden, die mit uns arbeiten. Es gibt bei uns kein Abwägen von Deutschtum und Judentum, es gibt kein Schwanken zwischen Deutschtum und Judentum. Was wir täglich und stündlich erleben und was wir aus dem Erleben heraus denken und tun, ist das Produkt unseres Gesamtlebens, dessen Stützen unser gleichgeliebtes Deutschtum und Judentum sind. Was darüber hinaus an „Nationaldeutschem" proklamiert wird, ist nichts anderes — darüber sei man sich nur klar — als derjenige Nationalismus, der das Unglück über unsere Welt gebracht hat.

Ich zweifle nun selbstverständlich nicht daran, daß Naumann und diejenigen ernsten Männer und Frauen, die sich zu ihm bekennen, in ernster Arbeit mit sich ringen, und jede ernste Kulturarbeit ist freudig zu begrüßen. Die Bewegung*) von Naumann ist aber, bewußt oder unbewußt, eine antisemitische. Sie schafft uns den Typ des jüdischen Antisemitismus. Ich will an dieser Stelle auf Einzelheiten nicht eingehen. Wer die wenigen bisher erschienenen Nummern des Mitteilungsblattes des Verbandes nationaldeutscher Juden gelesen hat, der wird mit Entsetzen wahrnehmen, daß diese Mitteilungen zum erheblichen Teile nichts anderes enthalten als diejenigen Gedankengänge, denen wir in antisemitischen Blättern zu begegnen gewohnt sind. So finden wir z. B. in der ersten Nummer dieser Mitteilungen einen Artikel mit der Ueberschrift „Einstein-Rummel", der ausführt, Einstein werde nur gefeiert, weil die Juden glücklich seien, daß er Jude sei und daß die Juden „wieder einmal der Welt den Messias geschenkt" haben, daß Einstein von Juden gefeiert wird, „nicht, weil Einstein ein großer Gelehrter, sondern weil dieser große Gelehrte zufällig Jude ist."

Durch das Vorgehen der Naumannbewegung werden Hunderttausende ehrlicher bodenständiger deutscher Juden in der Oeffentlichkeit stigmatisiert, ihr deutsches Empfinden bestritten. Die Antisemiten konnten sich keinen besseren Helfer wünschen. Die Quittung ist der Naumannbewegung auch schon erteilt. Wir haben es in München, dieser Zentrale des Antisemitismus, in einem Strafverfahren erlebt, daß der Führer des Deutschvölkischen Schutzbundes behauptete, die Betonung der deutschen Gesinnung auf seiten des Centralvereins sei nur eine Maske, unter der sich internationales Judentum verberge. Er beriefe sich auf die Naumannbewegung, die ja deutlich genug zeige, daß die wirklich deutsch empfindenden Juden sich jetzt erst unter Naumann sammelten.

Die Wahrheit kennt keine Schranken. Wer aber in einer Zeit, in der von allen Seiten das Feuer gegen die Juden geschürt wird, eine solche gefährliche Bewegung ins Leben ruft, der muß sich der Verantwortung bewußt sein und muß sich hundert- und tausendmal vorher fragen, ob eine Notwendigkeit für diese gefährliche Gründung vorhanden ist. Sie ist nicht vorhanden. Was gut ist an der Bewegung von Naumann, findet seine Verwirklichung im Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens. Was darüber hinausgeht, ist falsch und gefährlich. Darum diese Warnung!

3. Die Antwort der rechtsstehenden Presse auf die Anbiederungsversuche des Verbandes nationaldeutscher Juden.

In einer offiziellen Zuschrift an die „Deutsche Tageszeitung" (Abendausgabe vom 7. Dezember 1921) heißt es:

„. . . Wie die vor kurzem veröffentlichten Beschlüsse des letzten nationalen Vertretertages mit aller Deutlichkeit zeigen, ist positiver deutschvölkischer Geist, der auf die Erhaltung eines starken deutschen Volkstums, das sich seine Eigenart bewahrt und von artfremdem Einfluß fernhält, entscheidenden Wert legt, heute Gemeingut der Deutschnationalen Volkspartei; ebenso ist die Deutschnationale Volkspartei sich darüber einig, daß jüdische Einflüsse in der Partei keinen Raum haben dürfen."

Die „Deutsche Tageszeitung" fügt ihrerseits u. a. hinzu:

„Für eine große politische Partei, wie die Deutschnationale Volkspartei, kommt nach unserer Ueberzeugung ein anderer Standpunkt als der des letzten Vertretertages nicht in Frage. Die Deutschnationale Volkspartei will alle Deutschen um ihre Fahnen sammeln, die mit aller Kraft und ganzem Herzen unser deutsches Volk und Vaterland aus der Tiefe äußerer und innerer Niederlage wieder zur Höhe führen wollen. Daß ein neuer Aufstieg des deutschen Volkes nicht möglich ist, ohne daß es sich wieder auf seine Eigenart besinnt, und diese Eigenart kraftvoll und rein ausprägt und bewahrt, ist gemeinsame Grundanschauung der Partei; wenn Herr von Oppeln-Bronikowski

*) Sehr wichtig zur Charakterisierung der Naumannschen Bewegung ist der im „Roten Tag" erschienene Artikel „Ganz-Deutsche od-r Halb-Deutsche", den wir im wesentlichen auf Seite 177 d. Bl. wiedergeben. (Die Red.)

anders denkt, so steht er eben abseits dieser deutschnationalen Grundanschauung, gleichviel, ob er sich äußerlich zur Deutschnationalen Volkspartei zählt oder nicht. Diese völkische Grundeinstellung bedingt selbstverständlich auch, daß die Deutschnationale Volkspartei sich von jüdischem Einfluß völlig freihält."

Das amtliche Parteiorgan der Deutschnationalen, die „Neue preußische Kreuzzeitung", veröffentlicht in ihrer Abendausgabe vom 9. Dezember seine Stellungnahme zu Naumann in einem Aufsatz „Der Verband nationaldeutscher Juden", den wir im Wortlaut wiedergeben:

„Der Verband nationaldeutscher Juden".

Die deutschvölkische Bewegung greift immer weiter um sich. Die Gründe dafür sind klar. Das deutsche Volk kämpft zurzeit einen schweren Kampf nicht nur gegen den Feindbund, der uns zu erdrosseln droht, sondern auch gegen die Kräfte im Innern, die dem Internationalismus huldigen. Erfreulicherweise bricht sich nun immer mehr der Gedanke Bahn, daß nur ein starkes Nationalbewußtsein uns vor dem Untergang retten kann. Naturgemäß ist dadurch der Gegensatz gegen alle Kreise des Volkes, die anders denken, wesentlich verschärft worden. Insbesondere hat sich die deutschvölkische Bewegung gegen die Juden gewandt, weil sie hauptsächlich die Träger des Internationalismus sind. Der Zugang immer neuer jüdischer Elemente aus dem Osten hat ihre Position noch verstärkt. Dazu kommt noch, daß die Revolution wie auch der Bolschewismus zu einem recht erheblichen Teil jüdischen Ursprungs und jüdischer Mithilfe ist. Der Antisemitismus ist also keineswegs, wie es die Juden zumeist darzustellen versuchen, eine Angriffsbewegung gegen die fremde Rasse, sondern er basiert, wie es ja schon in dem Worte liegt, auf dem Abwehrgedanken.

Das deutsche Volk kann und will sich nicht unter fremden Einfluß beugen. Wenn dieser von jüdischer Seite geleugnet wird, so strafen die Tatsachen solche Behauptung Lügen. War doch das jüdische Element beim Umsturz in ganz besonderer Weise betätigt. Kein Arbeiter- und Soldatenrat blieb ohne jüdische Wortführer. Und heute wie damals sehen wir, wie in den linksradikalen Versammlungen, in den Parlamenten überall Juden besonders hervortreten. Katz, Herz, Rosenfeld, Levi und wie sie alle heißen. Wie weit ihre Macht reicht, das hat unlängst die verflossene sozialistisch-kommunistische Stadtverordnetenversammlung gezeigt, die auch nur den Versuch einer Statistik der ostjüdischen Zuwanderung nach Berlin unter wüstem Toben als Antisemitismus „brandmarkte" und ablehnte.

Die Judenfrage ist neuerdings nicht etwa von antisemitischen Stürmern in den Fluß gebracht worden. Auch in den zweifellos vorhandenen vaterländisch gesinnten jüdischen Elementen ist man sich dieses Umstandes bewußt geworden. Sie haben es sogar für nötig befunden, in einer öffentlichen Versamlung des Verbandes nationaldeutscher Juden ihr Deutschtum offen zu betonen. Ein Entschluß, der jedenfalls zu begrüßen ist, wenn wir uns auch davon einen großen Erfolg nicht versprechen können, da in dem Verband doch nur ein sehr geringer Bruchteil des deutschen Judentums vertreten ist.

Jedenfalls hat die Versammlung auch den Parteien Gelegenheit geboten, sich erneut mit der Judenfrage zu beschäftigen. Dort trat, wie schon mitgeteilt, als deutschnationaler Sprecher Herr von Oppeln-Bronikowski auf. Wie wir schon festgestellt haben, hat ihm die deutschnationale Parteileitung jede Berechtigung dazu abgesprochen. Die Stellung der Deutschnationalen Partei in dieser Frage ist ja auch klar, da sie in einer erst ganz kürzlich veröffentlichten Erklärung feststellt, daß „die Partei sich von jüdischem Einfluß fernhält". Sie steht damit — neben dem Zentrum, das als fast rein katholische Partei keine Juden aufweist — ganz allein. Die Deutsche Volkspartei erfreut sich nicht dieser Ungebundenheit; sie versucht die Gegensätze in der Oeffentlichkeit zu verschleiern, obwohl auch in ihr das deutschvölkische Element gewiß stark vertreten ist. Die Demokratische Partei ist heute fast zu einer rein jüdischen Partei geworden. Sie mußte daher durch den Zug der Zeit, der sich gegen das jüdische Wesen richtet, die stärksten Opfer erleiden. Die geradezu katastrophalen Verluste bei den Wahlen lassen dies aufs deutlichste erkennen. Ein so einflußreiches demokratisches Organ wie das „Berliner Tageblatt" wittert bereits bei den Kundgebungen des Verbandes nationaldeutscher Juden Verdacht, und gibt ihm mit folgenden Worten Ausdruck:

„Dazu aber tritt das Bedenken, daß der Verband in einer gewissen Anschlußneigung sich allmählich zur Stoßtruppe gegen die demokratische Staatsauffassung hergeben könnte, und die Tatsache, daß — von den Parteivertretern ganz abgesehen — gewisse Persönlichkeiten, die bisher demokratisch mit antinational zu verwechseln beliebten, an der Versammlung teilnahmen, ist nicht geeignet, diese Bedenken zu zerstreuen."

So vorsichtig diese Aeußerung gefaßt ist, läßt sie doch deutlich erkennen, daß schon das Betonen des nationalen Gedankens gegenüber einem undeutschen Judentum in gewissen Kreisen mit dem größten Mißtrauen betrachtet wird, weil es vielleicht zu einem Vorgehen gegen ausländische Stammesgenossen Anlaß geben könnte. Die Rassenangehörigkeit geht eben dem „Berliner Tageblatt" und seinen Anhängern über das Vaterland.

Gerade in dieser Auffassung einer alljüdischen Zusammengehörigkeit liegt für unser deutsches Volk, dem leider bei seiner eigenartig gemischten Struktur ein ausgeprägtes Nationalgefühl bisher in hohem Grade abging, die große Gefahr. Es unterliegt — wie der Umsturz und die weiteren Folgen gezeigt haben — sehr leicht einer zielbewußten fremdländischen Beeinflussung und Bevormundung. Diese Gefahr abzuwenden ist nur möglich auf dem Wege, den die Deutschnationale Volkspartei eingeschlagen hat, indem sie jeden jüdischen Einfluß ablehnt. Auch mit diesem Beschlusse kann sich ein wirklich deutschgesinnter Jude durchaus abfinden. Gerade wenn der Verband nationaldeutscher Juden sich diesen Standpunkt zu eigen macht, wird er der Judenfrage ihre Schärfe nehmen und zum Mitkämpfer werden gegen ein international gesinntes Judentum, das sich immer wieder als „Ferment der Dekomposition" erwiesen hat. Zu diesem hinüber führen allerdings für uns keine Brücken."

W. S.

Die „Deutsche Zeitung" vom 15. 12. (Nr. 564) nimmt in einem Artikel „Verband nationaldeutscher Juden" von Dr. Schmidt-Gibichenfels Stellung zur Naumannfrage. Wir lassen auch diesen Aufsatz wegen seiner prinzipiellen Bedeutung fast ungekürzt hier folgen:

„Eine Anzahl deutsch-ländischer (oder soll man etwa gar sagen „deutsch-völkischer"?) Juden, die sich angeblich weder zu den ausgesprochen „Jüdisch-Nationalen", noch zu der zweifelhaften Zwischenschicht zwischen deutsch- und jüdisch-national rechnen, hat sich zu einem Verbande zusammengeschlossen, der, wie es heißt, „mit den deutsch-nationalen Nichtjuden gemeinschaftliche vaterländische Arbeit leisten will". Die Botschaft hör' ich, ja, es fehlt mir, soweit es sich dabei um einzelne Juden handelt, auch nicht ganz der Glaube. Ich will gern zugestehen, daß es vereinzelt — wenn auch ziemlich selten — Juden geben kann, die einen ehrlichen Widerwillen vor jenen Eigenschaften haben, die man überall in der Welt als „spezifisch jüdisch" kennt und verabscheut. Aber wird darum das „Spezifisch-Jüdische" aus der Welt geschafft, wenn diese Juden sich von den übrigen absondern und dabei doch Juden bleiben wollen? Erhält das „Spezifisch-Jüdische" dadurch nicht vielmehr einen neuen Rückhalt, eine neue Schutz- und Trutztruppe, die zu den zahlreichen übrigen — jede nicht ganz ausgesprochen judenfeindliche Partei oder sonstige Vereinigung ist ja heutzutage schon eine solche — noch hinzukommt? Und wer will die wirklich deutsch-national gesinnten Juden von denjenigen unterscheiden, die in diesem Verbande nur ein neues Mittel zur Betörung, Verblendung, Verblödung der Wirtsvölker sehen und ausnutzen wollen. Selbst diejenigen Juden, denen ich in diesem Falle die bona fides gern zugestehen will, werden dazu nicht immer imstande sein; denn der Jude ist ein raffinierter Schauspieler, die „Mimikry" ist bei ihm, wie bei gewissen Tieren, eine Hauptwaffe im Kampfe ums Dasein.

Von diesem Standpunkt aus wundert uns, die wir die Juden einigermaßen kennen, durchaus nicht der hier in Rede stehende Schritt. Man muß es den Juden lassen, daß sie eine ihnen drohende Gefahr immer rechtzeitig erkennen und ihr rechtzeitig zu begegnen suchen. Sie wissen längst, daß die „völkische Bewegung" in allen Ländern eine Macht ist, die sie nicht mehr zurückdrängen können, mit der sie also rechnen müssen. Darum suchen sie sich beizeiten eine Brücke zu bauen und eine Anhöhe zu sichern, auf die sie sich hinüberretten können, wenn die völkische Bewegung, wie sie schon jetzt fürchten, zur Hochflut anschwellen sollte. Man kann nämlich als totsicher annehmen, daß dann, d. h. wenn die völkische Bewegung diesen Stand erreicht hat, plötzlich alle Juden überall „völkisch", „national", ja „übernational" werden. Damit das nun nicht allzu lächerlich erscheint, wollen sie sich beizeiten jene rettende Brücke und Anhöhe sichern, bis — — die Flut sich wieder verlaufen hat und die übervölkische, ausbeuterische Politik von neuem begonnen werden kann.

In der Tat: Der „Verband national-deutscher Juden" ist schon da, und vielleicht erleben wir auch noch einen Verband jüdischer „Aufrechter". Alles das wundert uns, wie gesagt, nicht. Aber es wird auch hier heißen: „An ihren Früchten sollt Ihr sie erkennen."

Man warte also erst einmal ab, und wenn dann die Früchte wirklich nicht so giftig wären, wie man fast jetzt schon aus der gehässigen Haltung des Verbandes gegenüber den wirklich Deutschnationalen schließen könnte, dann wäre es ja immer noch Zeit, entsprechende Stellung zu nehmen. Wenn die Juden Duldsamkeit für sich verlangen und die Wirtsvölker sie ihnen, soweit sie es verdienen, gewähren sollen, dann müssen sie auch Duldsamkeit gegen diejenigen üben, die nichts weiter als ihre rassische und völkische Eigenart behaupten, also nur dem natürlichen Selbst- und Arterhaltungstriebe folgen wollen. Das sind aber die Träger der „völkischen Bewegung", gegen die sich jener Verband so unduldsam zeigt, weil sie keine Juden unter sich haben, sich reinlich von diesen scheiden wollen.

Vorläufig könnte also jener Verband höchstens insofern nützlich wirken, als die nationalen Parteien und sonstigen nationalen Vereinigungen die Juden, die sie noch haben, dahin abschieben könnten. Mit einem solchen „getrennten Marschieren" und „vereinten Schlagen" könnten sich auch die national-deutschen Juden, soweit sie es wirklich ehrlich meinen, zufrieden geben. Jeder bewahre seine Eigenart und sorge dafür, daß sie ehrlich und rechtschaffen bleibt. Dann werden sich auch Ehrliche und Rechtschaffene mit ihr vertragen können."

Die rechtsgerichtete „Tägliche Rundschau", die nach wie vor der Deutschen Volkspartei nicht fern steht, gibt folgendes Stimmungsbild (Abendausgabe vom 9. Dezember 1921) von der Naumannversammlung im Herrenhaus, in der u. a. ein christlicher demokratischer Schulrat eine Abrechnung mit dem zunehmenden Antisemitismus an deutschen Schulen hielt und in diesem löblichen Beginnen von einem jüdischen Schulrat Naumannscher Observanz nicht unterstützt wurde:

„Arische und jüdische Deutsche, vom Deutschnationalen bis zum Sozialdemokraten, mühten sich da um Leidens Lösung. Denn ein Leiden ist die Judenfrage für alle Teile. Es war bezeichnend, daß, abgesehen von etwelchen törichten Ueberspannungen des sozialistischen Sprechers, alle Redner von rechts bis links, gleichgültig ob jüdisch oder nichtjüdisch, wirklich jeden Uebereifers sich enthielten; nur der übliche germanisch-demokratische Bezirksvereinler und Fraktionspoltron, diesmal ein Schulrat in Neu-Berlin, tönte auch hier hemmungslos kleinhirnige Gehässigkeit, beschimpfte und verleumdete den Stand, den er vertreten soll, und mußte sich zugleich mit dem sozialistischen Redner durch einen jüdischen Schulratskollegen mit der Berichtigung züchtigen lassen, daß diese sadistische Besudelung der Lehrerschaft durch ihren eigenen Sachwalter jedenfalls nicht in der Lehrerschaft Grund und Wurzel habe. Der ganze Zwischenfall eine Demonstration ad oculos dafür, daß niemand besser Stimmung macht für einen gewissen gedankenlosen, stimmungsmäßigen Antisemitismus, als — neben der Judenpresse — solche Geschäftsfreunde des Judentums."

Graf Ernst zu Reventlow nimmt in Nr. 51 seiner Wochenschrift „Der Reichswart" vom 17. Dezember 1921 gleichfalls Stellung zum Verband national-deutscher Juden. Wir müssen uns damit begnügen, aus dem umfangreichen Aufsatz dieses Mannes, der sich in der Deutschnationalen Volkspartei eines sehr großen Ansehens auch nach dem Ausscheiden aus der „Deutschen Tageszeitung" erfreut, einige Ausführungen von grundlegender Bedeutung wiederzugeben:

„An der Tagung des Verbandes vom 5. Dezember nahmen auch nichtjüdische Politiker teil, u. a. Dr.

Stresemann und andere Mitglieder der Deutschen Volkspartei. Da der erste und ausführlichste Bericht über die Versammlung in dem neuen Blatt des Herrn Dr. Stresemann erschien, darf man annehmen, daß der „Verband deutschnationaler Juden" der Deutschen Volkspartei attachiert worden ist, eine Verbindung, die nicht überraschen kann. Eine Debatte fand statt, an der zahlreiche Nichtjuden teilnahmen. Aus ihr sei hervorgehoben, daß Geheimrat Cleinow „im Namen der christlichen Intelligenz" für die Gründung des Verbandes nationaldeutscher Juden dankte (nach dem Berichte der „Zeit"). Welche „christliche Intelligenz" Herrn Cleinow bevollmächtigt hat, ist leider nicht gesagt worden.

. . . Die Deutsche Volkspartei ist vielfach jüdisch durchsetzt und versippt, auch mit jüdischem Kapital. Politisch ist ihre Stellung zur Judenfrage eigentlich von vornherein gegeben. Wenn diese nicht wäre, wie sie ist, so würde die Deutsche Volkspartei wahrscheinlich überhaupt nicht existieren, sondern es wäre zu einer einzigen großen nationalen Partei gekommen.

. . . Der „Verband nationaldeutscher Juden" sagt — wir wollen ihm den guten Glauben zubilligen — er sei von dem Elemente, das man als Judentum zusammenfaßt, vollkommen frei. Das ist, um es gerade heraus zu sagen, eine Unmöglichkeit, ist „wider die Natur"; wie wiederholt sei, selbst unter der Voraussetzung aufrichtigen guten Willens. Sehr selten ist es einzelnen Juden bis zu einem gewissen Grade möglich. Sie werden meist, nicht immer zu tragischen Figuren. Einem aus Juden bestehenden Verbande, einer jüdischen Partei bzw. einer jüdischen Gruppe, die sich einer politischen Partei anschließt, wird und kann es nicht gelingen, sich als Juden zu denaturieren und ebensowenig sich von ihren übrigen Volksgenossen zu isolieren, ebensowenig jenes instinktive, durch die Jahrtausende überlieferte und höchstens noch gestärkte jüdische Zusammengehörigkeitsgefühl über die ganze Welt hin, zu verlieren, von sich abzustreifen. Dem Gegenteil dieser Verneinungen würde alle Erfahrung in der langen Geschichte der Juden widersprechen und es ist nicht einzusehen, weshalb, welche neuen, unerwarteten und grundstürzenden Momente in diesem Sinne jetzt eingetreten sein könnten. Schon aus diesen Gründen ist sachlich schwer begreiflich, wenn die nichtjüdische Presse so schreibt und nichtjüdische Redner so sprechen, als ob mit der Gründung des Verbandes deutschnationaler Juden eine neue glückliche Epoche der Judenfrage in Deutschland eingetreten sei. Sehr verständlich ist es freilich bei Blättern, die ganz oder teilweise mit jüdischem Gelde fundamentiert sind, und deren Leiter jüdischen Umgang haben."

„. . . Ein aus Juden bestehender Verband aber, der sich zusammentut und eine organisierte aktive Arbeit beginnt, um zu zeigen, daß seine jüdischen Mitglieder keine Juden sind, sondern Deutsche, und der bald die Jugend und bald die Parteien mit äußerster Dringlichkeit angeht und diese Methode zweifellos fortsetzen wird, ist doch eben nur ein jüdischer Verband, der seine Ziele und seine Auffassung von deutscher Politik und vom Deutschtum, bei den Deutschen zu Anerkennung und Macht bringen will. Macht, um sich durchzusetzen, ist ihm die Hauptsache, wie immer in der ganzen jüdischen Geschichte, und gerade Macht darf dem Juden von den Deutschen nicht zugebilligt werden, gegen die jüdische Macht muß gekämpft werden, einerlei in welcher Form sie auftritt."

Die „unpolitischen" „Alldeutschen Blätter", die vor dem Kriege den Nationalliberalen sehr nahe standen, beurteilen die Herrenhausversammlung Naumanns wörtlich wie folgt: (Nr. 26 vom 17. 12. 21).

„Damit verlassen wir das Gebiet der hohen Politik und wenden uns einer innerdeutschen Frage zu, die uns wichtig genug erscheint, rechtzeitig beachtet zu werden. Seit einiger Zeit hat sich ein Verband sogen. „nationaldeutscher" Juden aufgetan, der nach nicht ungeschickter Stimmungsmache in dem von jüdischen Inseraten abhängigen Teil der nationalen Presse jetzt den Zeitpunkt für gekommen hielt, in der Oeffentlichkeit vor deutschstämmigen Deutschen sein Banner zu entfalten. Unser Standpunkt gegenüber dieser Neugründung kann nur ein **unbedingt** ablehnender sein, um so mehr, als auch aus diesem Kreise außer einigen unverbindlichen Worten zur Ostjudenüberschwemmung die klare Verurteilung der ganzen bisherigen jüdischen Verbrecher an unserm Volke **nicht** erfolgt ist und auch nie erfolgen wird, wollen die „Nationaldeutschen" nicht ihr eigenes Selbst verleugnen. Denn schon diese Firma ist irreführend und ein Widerspruch in sich selbst. Ein Jude kann dank unserer verfehlten Gesetzgebung zwar „deutscher Staatsbürger" sein, nie aber der Nation, d. h. doch unserem Volke angehören. Daß die Führer und Mitläufer des neuen Verbandes mit der den Juden angeborenen Schauspielerei sich selbst und unserem Volke ein völliges Aufgehen in unser Sein und Wesen vorgaukeln möchten, darf unser klares Urteil ebensowenig beeinflussen, wie gefühlsmäßige Regungen. Hier gilt der Spruch des Jesuitengenerals Ricci bei Auflösung seines Ordens: „Sint ut sunt, aut non sint", d. h. „Sie mögen bleiben wie sie sind oder verschwinden". Die Belänge einiger weniger deutschfreundlicher Außenseiter des Judentums müssen zurücktreten neben den höheren des deutschen Volkes. Hier kann nur unerbittliche Rücksichtslosigkeit Klarheit und Hoffnung für die Zukunft geben. Für alle bewußt völkisch empfindenden Deutschen sind also die Juden auch unter der Maske des „Nationaldeutschen" eine Gefahr — vielleicht gerade diese letzteren eine besonders schwere — und daher zu bekämpfen." Bhd.

Das Organ des deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Reinhold Wulle, das „Deutsche Tageblatt", schließt seinen Aufsatz „Nationaldeutsche Juden" in Nr. 186 vom 23. 12. 21 mit folgenden Worten:

„Lassen wir Juden in die nationale Bewegung hinein, so können wir einpacken damit. Die Gefahr, daß es geschieht, ist groß. Gold lockt! Man lese das rührselige Gegreine Hussongs! Aufgabe, gleichviel welcher Juden, ist es nicht, — mag der einzelne sich flugs darüber täuschen — ein Deutsches Reich, wie wir es doch wollen, neu errichten zu helfen, sondern es vollends zu zerstören. Es mag ihnen selbst schmerzlich sein, aber es ist so. Sie würden unsere Bewegung an sich reißen und dann in ihr Gegenteil verkehren.

Wir warnen!

Laßt sie machen, was sie wollen! Kümmert euch nicht darum, auch wenn sie nationale Vereinigungen gründen! Bleibt für euch!" A. Z.

Von allgemeinem Interesse dürfte nur ein „Eingesandt" im „Deutschen Wochenblatt" Nr. 51 vom 21. 12. 1921 sein:

„Juda im Herrenhaus."

Ich las im „Berl. Lok.-Anz." unter „Kurze Nachrichten" die Anzeige, daß eine Vereinigung nationaldeutscher Juden im ehemaligen preußischen Herrenhause eine freie Aussprache mit Nichtjuden über das Thema Antisemitismus halten wollte. So kam ich sehr pünktlich an dem betreffenden Abend im Herrenhause an und war erstaunt, von einem Türhalter zu erfahren, daß Eintritt nur gegen Karten gestattet werden könne. Viele Deusche zogen also wieder heim. Unterdessen füllte sich der Saal zu drei Viertel mit Juden und brillantentragenden Judenfrauen.

Nach erneutem Einreden auf den Leiter, Herrn Dr. Naumann, wurde mir die Antwort, er könne keine Ausnahme machen.

Bezeichnend war, daß jeder Eintretende vorher unentgeltlich verpflichtet wurde, seinen Stock in der Garderobe abzugeben, man fürchtete also offenbar den — Knüppel. — Schließlich wurde mir eine mit ca. 20 Namen gefüllte Liste gereicht mit der Aufforderung, ich sollte mich ehrenwörtlich verpflichten durch Namensunterschrift, nicht an einem Proteste teilzunehmen, dann dürfte ich mit herein. Ich tat dies wie viele andere. Der Vortrag selbst hatte die bereits genügend bekannte Tendenz. Zum Schluß nahm man eine Resolution an, die besagt, daß die anwesenden Nichtjuden ebenfalls die Ideen der „Nationaldeutschen" begrüßten; ich stelle ausdrücklich fest, daß vor Annahme dieser Resolution die Sitze schon sehr gelichtet waren, denn viele Nichtjuden gleich mir verließen fluchtartig den Saal! Festgenagelt muß nun also folgendes werden:

1. Annonce im „Berl. Lok.-Anz.": Freie Aussprache mit Nichtjuden.
2. Nur Judenfreunde mit Karten haben Zutritt.
3. Nichtjuden haben nur Zutritt nach ehrenwörtlicher Zusicherung, nicht zu protestieren.
4. Resolution, alle anwesenden Nichtjuden sind dafür.

Ich frage, wo ist schon einmal eine derartige Meinungsvergewaltigung zutage getreten? Die Resolution ist nach gut deutschen Begriffen ein Schwindel. — Und Menschen mit derartigen Rechtsbegriffen wollen unsere deutschen Brüder werden. Heute, wo das Nationalbewußtsein dank aller Erfahrungen, dank der rastlosen Arbeit der Deutschvölkischen in herzerfrischender Weise immer größere Kreise ergreift, heute frontiert sich Juda im rechten Lager. Man kann ja nicht wissen, wie es wird, schließlich ist einmal rechts wieder obenauf, da muß doch Juda auch rechts seine Leute wieder obenauf sitzen haben! Ich bin überzeugt, daß Sie von meinen Erlebnissen recht fröhlichen Gebrauch machen werden. — Juda im Herrenhaus! Deutschland mach die Augen auf!"

W. W.

Wir haben nur die offiziellen Preßvertretungen der Rechtsparteien zu Wort kommen lassen. Wir ersparen es uns, die antisemitischen Winkelblättchen aufmarschieren zu lassen, die die Naumann-Bewegung mit Kübeln von Spott und Hohn überschütten und weissagen, daß eine Gründung eines Bundes der jüdischen Kaisertreuen auf dem Fuße folgen werde.

4. Elias Cohn in neuer Auflage.

Ein Auszug aus zwei Artikeln des „Israelitischen Familienblatt", Hamburg.

Das Hamburger „Israelitische Familienblatt" war in den „Mitteilungen des Verbandes nationaldeutscher Juden" Nr. 1 und 2 als typisches Blatt der Zwischenschichtler bezeichnet worden, das durch die Art seiner Politik als Helfershelfer des Antisemitismus erscheine. Das Familienblatt nahm darauf Veranlassung, sich in zwei Artikeln (Nr. 46 vom 18. 11. und Nr. 48 vom 1. 12.) die „Elias Cohn in neuer Auflage" und „Einstein und Theilhaber" betitelt sind, näher mit dem Verbande des Herrn Naumann zu beschäftigen. In dem ersten Artikel wird an einen getauften Juden aus Stöckers Gefolgschaft namens Elias Cohn erinnert, der stets, wenn nach den judenhetzerischen Reden des Hofpredigers die Diskussion eröffnet wurde, das Wort erhielt und dem johlenden Versammlungspublikum erklärte, er als Jude müsse alles bestätigen, was der „verehrte Herr Hofprediger" Schlimmes über die Juden berichtet habe. Wie der Stöckersche Antisemitismus von den Hakenkreuzlern und ihren Geinunngsgenossen, so sei auch die Taktik des Elias Cohn in unseren Tagen von einer kleinen Clique unter den deutschen Juden mit geringen Varianten von neuem aufgenommen worden. Elias Cohn habe bei diesen Schule gemacht. Er selbst sei ein „Einziger" gewesen, seine Apostel aber hätten sich zusammengeschlossen und trügen die Bezeichnung „Verband nationaldeutscher Juden", um unter diesem Sammelnamen ihre verschwindende Minorität zu verbergen, um die nichtjüdische Außenwelt zu einer falschen Einschätzung ihrer Bedeutung und ihres Einflusses zu verleiten. Jede ihnen geeignet erscheinende Gelegenheit benutzen sie, um, wie Elias Cohn unter Stöcker, als Eideshelfer der Antisemiten, für Beschuldigungen und unwahre Anwürfe der Hakenkreuzler gegen die große Mehrheit der deutschen Juden mit ätzender Schärfe oder hohlem Pathos aufzutreten, sich als wahre Vertreter des Deutschtums unter den Juden anzupreisen. Nur in einem Punkte weichen sie von Elias Cohns Vorbilde ab. Dieser prostituierte auch seine eigene Person als angebliches Beweismaterial ad oculos für die perfiden Angriffe des antisemitischen Volksverführers. Der „Verband der nationaldeutschen Juden" dagegen nimmt nur die Personen seiner wenigen Anhänger von der Angriffsfront der Deutschvölkischen aus, reklamiert nur für diese nationale Rechte in Deutschland und verurteilt alle anderen Juden mit einem den Deutschvölkischen nachgeäfften säbelrasselnden lächerlichen Teutonentum als „Pazifisten", als „Internationale", als „Zwischenschicht", welche den antisemitischen Feldzug gegen sich freventlich provoziert hätten, welche den antisemitischen Angriffen Berechtigung verliehen. Wir können nicht sagen, daß diese famose Verbandstaktik irgendeinen moralischen Vorzug vor der etwas abweichenden weiland Elias Cohns besitzt. Wir Juden haben das kälteste Gefühl, das man empfinden kann, gegenüber den würdelosen Anbiederungen des „Verbandes der nationaldeutschen Juden" bei den gefährlichsten und skrupellosesten Gegnern unserer staatsbürgerlichen Rechte in

der demokratischen deutschen Republik, gegenüber der Glorifizierung ihrer eigenen politischen Tugenden und moralischen Qualitäten im Vergleich mit denjenigen der weitaus größten Mehrzahl der deutschen Juden, von denen sie sich nach eigener Bekundung ebenso weit entfernt fühlen wie von den Chinesen, gegenüber endlich ihrer Gefolgschaft im Kampfe der Antisemiten gegen die Judenheit."

Den erhofften Gewinn, nämlich die erwartete Anerkennung als gleichgeachtet, hätten die „nationaldeutschen" Juden freilich nicht davon getragen. Ihre „Proklamation an die Jugend" kämen ebenso wie ihre sonstigen chauvinistisch geschwollenen Erklärungen entweder in den Papierkorb oder aber man benutze sie als Kronzeugnis für zugegebene jüdische Verfehlungen. „Wir beneiden nicht", so schließt das Familienblatt, „den „Verband nationaldeutscher Juden" um diese antisemitischen Lorbeeren, müssen uns aber angelegen sein lassen, seine Elias Cohnsche Propaganda demnächst an bezeichnenden Einzelfällen weiter klarzulegen."

Als solche „bezeichnenden Einzelfälle" führt das „Familienblatt" die Stellungnahme des „Verbandes" zu Einstein und Theilhaber an.

An Einsteins wissenschaflicher Bedeutung könnte heute nach dem Urteil der wissenschaftlichen Welt kein Zweifel mehr sein, ebensowenig an seiner jüdischen Religion, zu der er sich offen bekannt hat. Nun verlangt Naumann in einem ausführlichen Artikel seiner „Mitteilungen" Nr. 1, daß die übrigen Juden sich nicht auf Einstein beziehen sollten, wenn sie von seiten der Antisemiten als ein schädliches Volkselement, als ein unterschiedsloser Haufe von Neppern und Schiebern, als unzugänglich und bar jeder deutschen Kultur denunziert werden. So werde dem Antisemiten recht gegeben, der sagt: „Einstein ist nur Produkt zwischenschichtlicher Reklamekunst."

Noch deutlicher trete die Würdelosigkeit Naumanns in der Angelegenheit Theilhaber hervor. Dieser hatte den Vorwurf jüdischer Drückebergerei auf Grund statistischen Materials zurückgewiesen und betont, daß einzelnen Handlungen jüdischer Wehrpflichtiger, die die Bezeichnung verdienten, viel zahlreichere schamlose Einzelfälle aus nichtjüdischen Offizierskreisen gegenübergestellt werden könnten. Was tat Herr Naumann dazu?

Er schreibt einen Brief an das „Militär-Wochenblatt", in dem es heißt: „Wir mißbilligen auf das schärfste derartige Ausfälle, wie sie in dem Aufsatz des Herrn Dr. Theilhaber enthalten sind, und können Ihnen nur recht geben, wenn sie die Ansicht aussprechen, daß durch eine derartige Verallgemeinerung die geschichtliche Wahrheit gefälscht wird. Wir nationaldeutschen Juden, die wir mit dem deutschen Volkstum kulturell und gefühlsmäßig unauflöslich verwachsen sind und weder eine Sonderstellung innerhalb dieses Volkstums beanspruchen, noch uns in eine solche hineindrängen lassen wollen, wissen genau, daß das aktive Offizier- und Sanitätsoffizierkorps im Kriege durchaus seine Pflicht getan hat, und sind weit entfernt davon, Einzelfälle von Pflichtvergessenheit der Gesamtheit zur Last zu legen."

Das Familienblatt appelliert zum Schluß an das Urteil aller gerecht denkenden Juden und Christen, ob die Taktik der Naumannianer mit derjenigen Elias Cohns nicht mit vollem Recht in Parallele gestellt zu werden verdiene.

5. „Der große Krieg in Feld und Heimat".

Von Oberst Bauer.

(Osiander'sche Buchhandlung, Tübingen, 1921, Preis 54 Mark.)

Das vorliegende Buch gehört zu den zahlreichen Erzeugnissen der Kriegsliteratur, und, wie fast alle diese Werke, ist es vom subjektiven Standpunkt aus verfaßt. Trotzdem muß ihm ein nicht unerheblicher Wert beigemessen werden, weil Oberst Bauer von Kriegsbeginn an bis zu Ludendorffs Rücktritt der Obersten Heeresleitung angehörte und daher vieles zu erzählen in der Lage ist, was weder Falkenhayn noch Hindenburg noch Ludendorff berichtet haben. Wertvoll wird das Buch besonders dadurch, daß Bauer dem sonst von ihm vergötterten Ludendorff an verhältnismäßig vielen Stellen entgegenzutreten sich nicht scheut. Bauers Selbsteinschätzung hierbei erscheint so groß, daß man fast meinen könnte, er allein sei der Mann gewesen, der das Heer hätte zum Siege führen können. Aber das Buch ist flott und offen geschrieben. Ein ganzer Mann scheint hier zu sprechen. Um so unbegreiflicher ist es, daß dieser Mann beim Ausgang des Kapp-Putsches ganz gewöhnliche Angst gezeigt und aus diesem Gefühl heraus sich bis heute nicht getraut hat, dem Gericht sich zu stellen.

Daß wir das Buch eingehender besprechen, hat seinen Grund darin, daß Bauer durch seine Auslassungen an vielen Stellen eine Judenfeindschaft verrät, die gekennzeichnet und widerlegt werden muß.

Bei der Besprechung der inneren Politik seit Bismarcks Weggang sagt er in einem Angriff gegen die Demokraten und Sozialdemokraten: „Dazu trat bedenkenlos verhetzend jene vergiftende, unermüdlich wirksame Hetze philosemitischer Natur, die zu vier Fünfteln unsere Presse beherrschte und den Schreibern nach weitgehend österreichischen Ursprungs war". Das schlägt den Behauptungen der Antisemiten ins Gesicht. Diese haben doch errechnet, 90% der deutschen Presse befände sich in jüdischen Händen. Nach Bauer kam nicht eine jüdische, sondern eine philosemitische Presse in Betracht, nicht 90%, sondern nur 80% und hiervon weitgehend österreichischen Ursprungs (Seite 10). Indirekt wenigstens als Deutsche anerkannt werden die Juden auf Seite 16. Demokraten und Sozialdemokraten haben das Schlagwort „Militarismus" erfunden, „beide wesentlich geführt von nichtdeutschen Elementen. Sie allein von allen Demokraten und Sozialdemokraten der Welt waren erst international und dann deutsch..."

Das „Berliner Tageblatt" und die „Frankfurter Zeitung" sind Bauer ein Dorn im Auge. Seite 18 erklärt er: „Faßt doch jeder anständige Deutsche diese Blätter nur mit der Feuerzange an" und Seite 21 identifiziert er sie mit „Uebles wollenden, zielbewußten Juden." Man staunt, daß Bauer noch jetzt nicht erkannt hat, wieviel besser wir uns gestanden hätten, wenn wir manches in der Politik dieser

Zeitungen befolgt hätten. Das muß man zugeben, mag man persönlich über beide Zeitungen denken, wie man will.

Von eminenter Wichtigkeit ist die Erklärung auf Seite 27: „Irgend eine maßgebende Gruppe von Personen, die zum Kriege drängte, gab es nicht, jedenfalls nicht, soweit meine Wahrnehmungen reichten." Hiernach ist also ausgeschlossen, daß die Juden den Krieg gemacht haben, denn dem Generalstab wäre derartiges doch sicher nicht verborgen geblieben.

Wenn man ferner auf S. 61 und 70 liest, daß sich vor allem Geheimrat Haber der Fabrikation des Salpeters nach seinem Hochdrucksyntheseverfahren angenommen und eine Gasmaske konstruiert hat, die im wesentlichen von Anfang an kriegsbrauchbar und zweckentsprechend war, dann wundert man sich wieder über die Anerkennung, die diesem Juden gezollt wird.

Im Gegensatz hierzu wird auf S. 80 den österreichischen Juden in dieser Armee ein harter Tadel ausgesprochen. Wir aber wissen, daß General der Inf. Baron Alexander Sczurmay, Feldmarschall-Leutnant Baron Geza Lukachich und Feldmarschall-Leutnant Desidor v. Molnar die österreichisch-ungarischen Juden als Soldaten außerordentlich gelobt hat. Bauer gibt auf den Seiten 135—139 den Wortlaut einer Denkschrift wieder, die er im März 1917 dem General Ludendorff und dem Kronprinzen eingereicht hat. In ihr gibt er dem spezifisch jüdischen Liberalismus die Schuld, das Volk durch die Forderung des demokratisch-parlamentarisch regierten Staates geködert zu haben und bezeichnet ihn als die Freiheit der Ausbeutung des Schwächeren durch den Stärkeren.

Bei vielen Menschen besteht eine Abneigung gegen den einzelnen Juden, während sie den Antisemitismus verwerfen. Bei Bauer ist es umgekehrt. Wie er Geheimrat Haber rückhaltloseste Anerkennung zollte, hebt er bei den Bestrebungen um die Volksgesundung „zwei wackere Männer, Oberstabsarzt Dr. Hochheimer und Stabsarzt Dr. Munter" hoch heraus (S. 156). Dagegen behauptet er, bei Heereslieferungen hätten „meist jüdische Agenten" die Lage ausgenutzt und die Kriegsgesellschaften, die zu 80% bis 90% aus jüdischen Elementen bestanden, hätten dafür gesorgt, daß ihre Mitglieder nicht zu kurz kamen. (S. 205.) Wie es in Wahrheit aussah, ist nicht nur von uns, sondern auch von christlicher Seite schon wiederholt bewiesen worden, nicht zu Ungunsten der Juden.

Im Anschluß an die sehr günstige Charakteristik des ehemaligen Kronprinzen gibt Bauer wörtlich eine Denkschrift wieder, die der Kronprinz im Juli 1918 seinem Vater einreichte. Sie schildert die Verhältnisse im Feld und in der Heimat merkwürdig richtig. Vieles beweist aber, daß es nicht eigene Wahrnehmungen gewesen sind, die der Kronprinz wiedergibt, sondern, daß er sich zum Sprachrohr derer gemacht hat, auf deren Wort noch viel weniger geachtet wäre! In dieser Denkschrift sagt der Kronprinz: „Ein wahrhafter Haß herrscht gegen die Juden, und nicht zu Unrecht. Ein Gang in Berlin durch die Wirtschaftsämter oder die Tauentzienstraße lehrt, daß sehr viele kriegsverwendungsfähige Juden in der Heimat sind, während vorne an der Front kaum einer ihrer Kaste zu sehen ist. Die Mißstimmung über eine so geringe Heranziehung der Juden ist daher wohl berechtigt. Auch leistet man damit einer immer stärkeren deutschen Verjudung und Erraffung von weiteren Massen deutschen Kapitals durch jüdische Hände Vorschub." (S. 223.) Bauer versieht diesen Passus mit der Anmerkung: „Es muß hier besonders betont werden, daß der Kronprinz nicht Antisemit im landläufigen Sinne ist. Er hat hier nur die schreienden Auswüchse im Auge, die ja verständige Juden auch selbst anerkannt und bekämpft haben."

Diese Anmerkung beweist, daß der Kronprinz ein gutes Schreibmedium gewesen ist. Lediglich „Auswüchse" hat er im Auge gehabt und spricht doch von einer „so geringen Heranziehung" der Juden, redet von Erraffung deutschen Kapitals durch jüdische Hände, also durch die jüdischen Deutschen, die er in noch höherem Maße zur Verteidigung der deutschen Heimat herangezogen wissen will. Man hört hieraus zu sehr den Antisemiten sprechen, der Objektivität vortäuschen will, sich aber nicht gesagt hat, daß auch andere Menschen noch denken können. Diese Gesinnung wird aber am deutlichsten dokumentiert durch das, was Bauer auf S. 260 über die Juden sagt. Horribile dictu, weil es schreiende Ungerechtigkeit und niederträchtigste, bewußte Verleumdung darstellt. Hier schildert nämlich Bauer das Wirken der Soldatenräte und erklärt, diese hätten insgeheim bereits seit August 1918 beim Feldheer bestanden, mehr noch bei den Etappentruppen. „In ihnen saßen, wie später in der Heimat, fast nur Drückeberger, die den Krieg in der Schreibstube oder sonstigen Verwaltungspöstchen — oft mit namhaftem pekuniären Gewinn — mitgemacht hatten. Ganz überwiegend waren es dementsprechend Juden, wie denn überhaupt die Rolle der deutschen Juden[1]) in diesem Weltkriege kein Ruhmesblatt für sie ist. Auf die noch unheilvollere Rolle in Rußland und Oesterreich-Ungarn brauche ich nicht hinzuweisen. Daß sie in den „Siegerstaaten" national waren, hat seine sehr materiellen Gründe."

Ja, vernichtend ist das Material, aber nicht für die Juden, sondern für die Antisemiten! Unvollständige Angaben, von pflichtvergessenen Personen aus den Archiven widerrechtlich skrupellosen Menschen übergeben und von diesen in schamlos entstellter Weise der großen Masse vorgesetzt, darauf stützt sich ein Mann, der im Vorwort zu seinem Buche von sich behauptet: „Nie bin ich indes von der Wahrheit abgewichen", und ganz genau wissen muß, daß er in seinen Angaben über die Juden die Unwahrheit sagt. Wer während des ganzen Krieges bei der obersten Heeresleitung saß, der hat gerade ein Recht, „von jüdischen Drückebergern" zu sprechen! Wer hat denn die Juden in Schreibstuben usw. dorthin kommandiert? Christliche Vorgesetzte! Weiß Bauer nicht, daß von etwa 100 000 jüdischen Soldaten fast 80 Prozent

---

[1]) „Der wütende Haß breiter Volkskreise gegen die Juden ist durch ihr Verhalten im Kriege herausgefordert und immerfort gestiegen, obwohl bis jetzt eine volle Klarstellung nicht einmal erfolgt ist. Alles vorhandene statistische Material ist nicht veröffentlicht, weil es geradezu vernichtend ist; und solange wir eine antideutsche Regierung mit starkem Judeneinschlag haben, wird die Veröffentlichung auch kaum geschehen."

vor dem Feinde gestanden haben, also in der Front waren, daß von diesen Soldaten 12 000 gefallen, gestorben und vermißt sind? Restlos haben die deutschen Juden ihre Pflicht gegen das Vaterland erfüllt, nicht einen Deut weniger wie alle anderen Deutschen. Gewiß waren auch unter den Juden Drückeberger, keineswegs aber verhältnismäßig mehr, wie unter den Nichtjuden. Ein „Haß breiter Volkskreise" hat niemals bestanden. Mit Mitteln, wie sie hier Bauer anwendet, also mit Verleumdung und Verdrängung, sucht man einen solchen Haß zu entfachen und bedient sich hierzu ganz zweifelhafter Elemente. Wer aus Furcht vor den Folgen eigener hochverräterischer Handlungen sogar aus dem Vaterlande flieht, der darf am allerwenigsten Verfehlungen einzelner der Allgemeinheit zur Last legen.

Falsch ist es, wenn Bauer Seite 213 von den Soldatenräten sagt: „daß diese Soldatenräte meistenteils die Gelegenheit benutzten, sich persönlich zu bereichern darf bei der Rasse, der sie vorwiegend angehörten, nicht Wunder nehmen". Leider waren mehr Juden in den Soldatenräten vorhanden, als uns recht war, leider hat sich sicher der oder jener von diesen unrechtmäßig bereichert; nie und nimmer aber stand hierin der Jude vornean, und schließlich waren die Soldatenratsmitglieder jüdischen Glaubens von ihren christlichen Kameraden gewählt. Daß nicht Haß die Triebfeder hierzu war, dürfte einleuchten.

Die Revolution mußte kommen, denn nach Bauer Seite 277 begann sie schon 1916, und nach Seite 132 hat er selbst der Kaiserin 1917 von der heranziehenden Revolution berichtet und nach Seite 279 haben die Engländer „stets versucht, ihren Gegnern die Revolution zu bringen, selbstverständlich haben sie es auch bei uns getan." Die Arbeiter waren nicht „von ihren sozialistischen Führern — überwiegend Juden — in deren Sinne aufgeklärt", wie Bauer S. 262 sagt, sondern die jüdischen Sozialisten waren in das sozialistische Lager übergesiedelt, weil sie bei anderen Parteien keine Hilfe fanden im Kampf um die ihnen gesetzlich verbrieften Rechte.

Der Liberalismus ist „das Glaubensbekenntnis des ausbeutenden Kapitalismus. Kein Wunder, daß der kapitalistische Jude den Liberalismus in erster Linie predigte", heißt es auf Seite 293. Träfe dies zu, dann hätten die kapitalistischen Nichtjuden wie Krupp, Stinnes, Ehrhardt, Röchling, Henkel-Donnersmarck und die zahlreichen agrarischen Geldmagnaten den Zusammenbruch der Monarchie nicht so schmerzlich empfunden. —

Ist es daher nicht richtig, wenn wir eingangs sagten, das Buch habe einen erheblichen Wert, nicht zutreffend, wenn wir erklärten, ein ganzer Mann schiene hier zu sprechen? In vielem wahr, in vielem ungerecht, in vielem unklar und noch heute nicht belehrt, daß alles Geschehen die Folge natürlicher Entwicklung ist, hat Oberst Bauer mit dem Buche dem Volke die Augen geöffnet darüber, daß die Monarchie sich nicht halten konnte, weil die Männer, die sie zu stützen vorgaben, keine Charaktere waren, die das Wesen ihrer Zeit begriffen, die den Mut zur Wahrheit und zur Verantwortung besaßen.

6. Strafrechtliche Betrachtungen für den Kampf gegen den Antisemitismus.

Im Kampfe gegen den Antisemitismus ist die wirksame strafrechtliche Verfolgung aller antisemitischen Exzesse von besonderer Bedeutung.

Wir bringen deshalb im folgenden eine Zusammenstellung der wichtigsten strafrechtlichen Gesichtspunkte, wobei wir uns heute auf allgemeine Grundsätze beschränken.

Einzelentscheidungen und Einzelfragen sollen später erörtert werden. Auf Anregung und Anfragen zu diesem Gebiet werden wir gern im Rahmen dieser Artikel eingehen.

1. Strafgesetzbuch.

§ 130.

„Wer in einer, den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten gegeneinander öffentlich anreizt, wird mit Geldstrafe bis zu 600 Mark oder mit Gefängnis bis zu 2 Jahren bestraft."

Daß die Juden als Klasse im Sinne dieser Gesetzesbestimmung anzusehen sind, ist in der Praxis unbestritten. Die strafbare Handlung besteht hier in einem öffentlichen Anreizen. Dieses kann z. B. durch Reden in Versammlungen oder auch durch den Inhalt von öffentlich verbreiteten Schriften, Flugblättern pp. geschehen. Der Inhalt derartiger Kundgebungen muß geeignet sein, eine zu Gewalttätigkeiten geneigte Stimmung hervorzurufen. Wenn es tatsächlich infolge derartiger Anreizungen zu Gewalttätigkeiten kommt, wird ja kein Zweifel bestehen, diese Bestimmungen anzuwenden. Es ist aber nicht erforderlich, daß derartige Gewalttätigkeiten tatsächlich eintreten. Eine strafbare Handlung, die nach § 130 zu verfolgen ist, würde auch vorliegen, wenn lediglich eine Stimmung eintritt, die geeignet ist, früher oder später zu Gewalttätigkeiten zu führen. Es kommt hierbei auch nicht ausschließlich darauf an, welchen Eindruck die anreizenden Kundgebungen, z. B. auf die unmittelbaren Zuhörer einer Versammlung machen. Eine Strafkammer hatte in einem später vom Reichsgericht entschiedenen Falle einen Agitator freigesprochen, weil seine Aeußerungen auf die Zuhörer nicht zu Gewalttätigkeiten anreizend gewirkt haben und bei der ruhigen und vernünftigen Veranlagung der Zuhörer auch nicht so wirken konnten. Das Reichsgericht erklärte es für ausreichend, wenn in den Juden, die von derartigen Kundgebungen gehört haben, entgegenstehende Befürchtungen wachgerufen würden. Es ist also darauf abzustellen, daß in der jüdischen Bevölkerung durch derartige Kundgebungen das Gefühl einer Beunruhigung infolge möglicher Gewalttätigkeiten eintritt. Strafbar kann also sowohl eine tatsächlich objektive Gefährdung als auch eine subjektive Gefährdung des Gefühls der Rechtssicherheit sein. Für den subjektiven Tatbestand, d. h. für die Vorstellung, die der Täter bei der Handlung haben muß, kommt es nicht auf die Absichten an, die er mit seinen Kundgebungen verfolgt. Es genügt, daß er das allgemeine Bewußtsein der Rechtswidrigkeit hat.

§ 166.

„Wer dadurch, daß er öffentlich in beschimpfenden Aeußerungen Gott lästert, ein Aergernis gibt, oder wer öffentlich eine der christlichen Kirchen oder eine an-

dere mit Korporationsrechten innerhalb des Bundesstaates bestehende Religionsgesellschaft oder ihre Einrichtungen oder Gebräuche beschimpft, in gleichem, wer in dieser Kirche oder in einem anderen zu religiösen Versammlungen bestimmten Orte beschimpfenden Unfug verübt, wird mit Gefängnis bis zu 3 Jahren bestraft."

Hier ist zunächst die allgemeine Gotteslästerung unter Strafe gestellt. Insoweit erübrigen sich bei der Einfachheit der Gesetzesbestimmungen nähere Erörterungen.

Für den Kampf gegen den Antisemitismus ist hier von besonderer Bedeutung, daß die Beschimpfung von Religionsgesellschaften mit Korporationsrechten, wozu auch die jüdische Religionsgesellschaft gehört, sowie ihre Einrichtungen und Gebräuche, unter Strafe gestellt wird. Die strafbare Handlung besteht in einem Beschimpfen. Es kommen also nicht einfache Beleidigungen in Frage, sondern ganz besondere Herabsetzungen, die man über den Charakter einer Beleidigung hinaus als Beschimpfung im Sinne des Sprachgebrauchs ansehen muß.

Der beschimpfende Charakter solcher Ehrenkränkungen kann in der Roheit des Ausdrucks liegen. Der sprachliche Ausdruck allein ist jedoch nicht maßgebend. Es kommt darauf an, in welcher Weise der Gedanke der Mißachtung kundgegeben wird. Auch die behaupteten Tatsachen selbst können, ohne daß eine besondere schimpfliche Ausdrucksweise vorliegt, als Beschimpfung angesehen werden, wenn derartige Tatsachen eine besonders rohe Herabwürdigung der Religion oder ihrer Einrichtungen und Gebräuche enthält. — Es kommt hier nur eine öffentliche Beschimpfung in Frage. — Als Einrichtung der jüdischen Religion ist z. B. in einer Entscheidung das Laubhüttenfest angesehen worden; dagegen ist der Talmud in der Praxis nicht als Einrichtung der jüdischen Religion anerkannt worden. Es kann aber in der Wiedergabe von Talmudstellen und in den sich hieran anschließenden Erörterungen eine Beschimpfung der jüdischen Religion selbst liegen. Es ist hierbei zu beachten, daß nur die Beschimpfung der Religion als solche strafbar ist. Sind lediglich Aeußerungen kundgegeben worden, die Stammeseigenschaften der Juden oder sonstige Tatsachen enthalten, die mit der jüdischen Religion nicht im Zusammenhang stehen, so kann dieser Paragraph nicht angewendet werden. Es wird sich aber in zahlreichen Flugblättern und beschimpfenden Aeußerungen ein Zusammenhang mit der jüdischen Religion ohne Schwierigkeit konstruieren lassen. Der vorliegende Paragraph ist z. B. angewendet worden bei der Aufstellung der Behauptung, daß dem Judengott die Ermordung christlicher Kinder zum Osterfeste wohlgefällig sei. Bei der Anwendung der Gesetzesbestimmungen ist der sogenannte Wahrheitsbeweis unerheblich. Es können also auch richtige Zitate aus Bibel- oder Talmudstellen eine strafbare Beschimpfung der jüdischen Religion enthalten. Dies ist vom Reichsgericht in einer neueren Entscheidung ausdrüchlich anerkannt worden.

Es wird also in derartigen Fällen auf eine Beweiserhebung über die Richtigkeit solcher Stellen gar nicht ankommen. Das wesentliche ist, daß in Erörterungen über angebliche unsittliche und staatsgefährliche Lehren des Talmuds die Behauptung aufgestellt wird, daß derartige Sätze von der jüdischen Religion noch heute anerkannt werden.

Für den subjektiven Tatbestand ist auch hier nur erforderlich, daß der Täter das Bewußtsein von dem beschimpfenden Charakter seiner Aeußerungen hat. Auch wenn er annimmt, daß die von ihm zitierten Stellen richtig sind, kann er auf Grund dieses Paragraphen bestraft werden. Selbst die Berufung auf angebliche antisemitische Autoritäten schließt die Bestrafung nicht aus. Denn wenn jemand ohne ausreichende Kenntnis des ganzen Materials die schlimmsten Anschuldigungen gegen eine staatlich anerkannte Religion erhebt, kann er sich nicht nachher damit entschuldigen, daß er von der Richtigkeit seiner Behauptungen überzeugt gewesen ist.

Von praktischer Bedeutung ist auch der letzte Passus des § 166, der denjenigen mit Strafe bedroht, der in einer Kirche oder in einem anderen zu religiösen Versammlungen bestimmten Orte beschimpfenden Unfug verübt. Hierunter können auch zweifellos Synagogen und jüdische Friedhöfe gebracht werden. Natürlich ist nach dem ganzen Sinne der Bestimmungen nicht lediglich an Unfug gedacht, der in der Synagoge selbst verübt wird, sondern es kommen auch Unfugshandlungen in Betracht, die außerhalb der Synagoge oder des Friedhofes in der unmittelbaren Nähe begangen werden. Es muß sich um einen beschimpfenden Unfug handeln. Darunter wird man z. B. besonders rohe, hetzerische Reden oder auch das Ankleben von Zetteln besonders krassen Inhalts verstehen können: vielleicht auch das Bemalen von Synagogen mit Hakenkreuzen. Natürlich fehlen hierüber noch Entscheidungen. Aber bei dem anerkannt antisemitischen Charakter des Hakenkreuzes wird eine Bemalung oder Anbringung dieses Abzeichens an religiös geweihten Stätten doch als Beschimpfung der Religion angesehen werden können. Es wird sich empfehlen, in solchen Fällen in Strafanzeigen besonders auf diesen Gesichtspunkt hinzuweisen, um Entscheidungen herbeizuführen. Daß derartige Bemalungen oder ein derartiges Ankleben von Zetteln als Unfug im Sinne der Bestimmung anzusehen ist, unterliegt keinem Zweifel.

§ 303.

„Wer vorsätzlich und rechtswidrig eine fremde Sache beschädigt oder zerstört, wird mit Geldstrafe bis zu 1000 Mark oder mit Gefängnis bis zu 2 Jahren bestraft. Der Versuch ist strafbar.

Die Verfolgung tritt nur auf Antrag ein."

§ 304.

„Wer vorsätzlich und rechtswidrig Gegenstände der Verehrung einer im Staate bestehenden Religionsgesellschaft oder Sachen, die dem Gottesdienste gewidmet sind, oder Grabmäler, öffentliche Denkmäler, Gegenstände der Kunst, der Wissenschaft oder des Gewerbes, welche in öffentlichen Sammlungen aufbewahrt werden oder öffentlich aufgestellt sind, oder Gegenstände, welche zum öffentlichen Nutzen oder zur Verschönerung öffentlicher Wege oder Plätze oder Anlagen dienen, beschädigt oder zerstört, wird mit Gefängnis bis zu 3 Jahren oder Geldstrafe bis 1500 M. bestraft. Neben der Gefängnisstrafe kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

Der Versuch ist strafbar."

Diese Bestimmungen sind besonders im Anschluß an das vorher zu § 166 Gesagte von Bedeutung. In dem Ankleben von Zetteln an Häuser, in dem Bemalen der Häuser mit Hakenkreuzen und in derartigen Handlungen liegt eine *Sachbeschädigung*; sofern es sich um ein Privathaus handelt, tritt die Verfolgung nach § 303 nur auf Antrag des Eigentümers ein. Dagegen sind derartige *Beschädigungen von Synagogen, Grabmälern, Friedhöfen, jüdischen Krankenhäusern und dergl. nach § 304 von Amts wegen zu verfolgen.*

Es können also auf diese Weise gleichzeitig die §§ 166, 303, 304 St. G. B. verletzt sein.

Bei der Einfachheit der Bestimmungen von § 303 und 304 sind hier weitere Erörterungen überflüssig.

Beleidigungen.

§ 185.

„Die Beleidigung wird mit Geldstrafe bis zu 600 M. oder mit Haft oder mit Gefängnis bis zu einem Jahr und, wenn die Beleidigung mittels einer Tätigkeit begangen wird, mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark oder mit Gefängnis bis zu 2 Jahren bestraft."

§ 186.

„Wer in Beziehung auf einen anderen eine Tatsache behauptet oder verbreitet, welche denselben verächtlich zu machen oder in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen geeignet ist, wird, wenn nicht diese Tatsache erweislich wahr ist, wegen Beleidigung mit Geldstrafe bis zu 600 Mark oder mit Haft oder mit Gefängnis bis zu einem Jahre und, wenn die Beleidigung öffentlich oder durch Verbreitung von Schriften, Abbildungen oder Darstellungen begangen ist, mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark oder mit Gefängnis bis zu 2 Jahren bestraft."

§ 187.

„Wer wider besseres Wissen in Beziehung auf einen anderen eine unwahre Tatsache behauptet oder verbreitet, welche denselben verächtlich zu machen oder in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen oder dessen Kredit zu gefährden geeignet ist, wird wegen verleumderischer Beleidigung mit Gefängnis bis zu 2 Jahren, und wenn die Verleumdung öffentlich oder durch Verbreitung von Schriften, Abbildungen und Darstellungen begangen ist, mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft. Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann die Strafe bis auf einen Tag Gefängnis ermäßigt oder auf Geldstrafe bis zu 900 Mark erkannt werden."

§ 192.

„Der Beweis der Wahrheit der behaupteten oder verbreiteten Tatsachen schließt die Bestrafung nach Vorschrift des § 185 nicht aus, wenn das Vorhandensein einer Beleidigung aus der Form der Behauptung oder der Verbreitung oder aus den Umständen, unter welchen sie geschah, hervorgeht."

§ 193.

„Tadelnde Urteile über wissenschaftliche, künstlerische oder gewerbliche Leistungen in gleichen Aeußerungen, welche zur Erklärung oder Verteidigung von Rechten oder zur Wahrnehmung berechtigter Interessen gemacht werden, sowie Behauptungen und Rügen der Vorgesetzten gegen ihre Untergebenen, dienstliche Anzeigen oder Urteile von seiten eines Beamten und ähnliche Fälle sind nur insofern strafbar, als das Vorhandensein einer Beleidigung aus der Form der Aeußerung oder aus den Umständen, unter welchen sie geschah, hervorgeht."

§ 194.

„Die Verfolgung einer Beleidigung tritt nur auf Antrag ein. Die Zurücknahme eines Antrages ist zulässig."

§ 199.

„Wenn eine Beleidigung auf der Stelle erwidert wird, so kann der Richter beide Beleidiger oder einen derselben für straffrei erklären."

Die Anwendung dieser Bestimmungen über Beleidigungen wird im allgemeinen keine erheblichen Schwierigkeiten machen.

In § 185 steht die *einfache, wörtliche Beleidigung* unter Strafe gestellt, in § 186 die sogenannte *üble Nachrede*, die Behauptung einer nicht erweislich-wahren Tatsache. § 187 enthält den Tatbestand der sogenannten *verleumderischen Beleidigung* sowie der *Kreditgefährdung*. Hier ist das Hauptgewicht darauf zu legen, daß der Täter *wider besseres Wissen* gehandelt haben muß. Er muß also die Unrichtigkeit seiner Behauptungen gekannt haben, was bei § 186 nicht der Fall zu sein braucht. Selbst wenn der Wahrheitsbeweis behaupteter Tatsachen erbracht wird, kann eine formale Beleidigung nach § 185 trotzdem noch vorliegen. Die Bedeutung der §§ 186 und 187 liegt hauptsächlich in der höheren Strafe, die angedroht ist. Aus der Fülle der in der Praxis hervorgetretenen Gesichtspunkte können hier nicht viele Einzelheiten gebracht werden. Als Beispiel soll hervorgehoben werden, daß besonders in der Gegenüberstellung von „Deutschtum" und „Judentum" in abfälligen Aeußerungen eine Beleidigung liegen kann. Es kommt aber gerade bei Beleidigungen auf die besonderen Umstände des einzelnen Falles an. *Von größerer Bedeutung ist für uns die Frage* nach der Möglichkeit einer *Kollektiv-Beleidigung*. Es kann nicht jeder Jude sich ohne weiteres durch jede abfällige Aeußerung über Juden beleidigt fühlen. Aber sobald eine *Beziehung zwischen der Aeußerung und der betreffenden Person vorliegt*, kann auch ein einzelner sich über eine allgemein gehaltene Aeußerung beleidigt fühlen. Die Person, gegen die sich die Beleidigung richtet, braucht auch nicht dem Namen nach bezeichnet zu sein; es genügt jede erkennbare Bezeichnung auf eine oder mehrere Personen. *Wird ein ganzer Verein*, z. B. *der Centralverein, beleidigt, so kann an sich jedes einzelne Mitglied Strafantrag* stellen. Handelt es sich um eine Beleidigung, die eine Herabsetzung der Leitung des Vereins enthält, so sind natürlich in erster Linie die leitenden Mitglieder beleidigt und strafantragsberechtigt. Bei allgemein gehaltenen Beleidigungen können einzelne Personen sich beleidigt fühlen, wenn die Aeußerung auf einen bestimmten, begrenzten Personenkreis sich beschränkt und die Betreffenden diesem Personenkreis angehören, z. B. *wenn die Juden einer Stadt beleidigt* werden, oder die *Mitglieder eines bestimmten Vereins* oder die *jüdischen Geschäftsleute einer Stadt*, eines Kreises oder auch einer Provinz.

Für die Verfolgung von Beleidigungen ist immer die Frage nach der Wahrnehmung berechtigter Interessen zu

beachten. Hat der Täter in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt, so kann er nur wegen formaler Beleidigung bestraft werden. (§ 193). Besonders bestritten ist die Frage, ob man auch zur Wahrnehmung fremder Interessen beleidigen darf. Das Reichsgericht hat dies nur dann angenommen, wenn die fremden Interessen den Beleidiger nahe angehen, insofern also seine eigenen sind. Dies gilt besonders auch für die Presse.

§ 360.

„Mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit Haft wird bestraft . . . . .

Ziffer 11: . . . wer groben Unfug verübt."

Unter diese Bestimmungen werden auch zahlreiche antisemitische Exzesse gebracht werden können. Für die Ausfechtung des Kampfes gegen den Antisemitismus auf strafrechtlichem Gebiet wird sich die Anwendung dieses Paragraphen wegen seines bloßen Charakters als Uebertretung und der geringen angedrohten Strafe nur selten empfehlen.

2. Strafprozeß.

§ 156.

„Anzeigen strafbarer Handlungen oder Anträge auf Strafverfolgung können bei der Staatsanwaltschaft, den Behörden und Beamten der Polizei und des Sicherheitsdienstes und den Amtsgerichten mündlich oder schriftlich angebracht werden. Die mündliche Anzeige ist zu beurkunden.

Bei strafbaren Handlungen, deren Verfolgung nur auf Antrag eintritt, muß der Antrag bei einem Gericht oder der Staatsanwaltschaft schriftlich oder zu Protokoll, bei einer anderen Behörde schriftlich angebracht werden."

Es empfiehlt sich für die Praxis als einfachster Weg die gewöhnliche schriftliche Anzeige, bei der Staatsanwaltschaft. Die Weiterleitung an die zuständige Stelle erfolgt von Amts wegen. Rechtliche Nachteile durch Einreichung an eine nichtzuständige Stelle sind nicht zu befürchten. Sicherheitshalber ist auf jeder Anzeige auch ausdrücklich Strafantrag zu stellen; selbst wenn dies nach Meinung der Anzeigenden nicht erforderlich zu sein scheint, damit nicht späterhin wegen dieses formalen Mangels eine Einstellung des Verfahrens erfolgt.

§ 158.

„Sobald die Staatsanwaltschaft durch eine Anzeige oder auf anderem Wege von dem Verdacht einer strafbaren Handlung Kenntnis erhält, hat sie behufs ihrer Entschließung darüber, ob die öffentliche Klage zu erheben sei, den Sachverhalt zu erforschen.

Die Staatsanwaltschaft hat nicht bloß die zur Belastung, sondern auch die zur Entlastung dienenden Umstände zu ermitteln und für die Erhebung derjenigen Beweise Sorge zu tragen, deren Verlust zu besorgen steht."

Hier ist der sogenannte Verfolgungszwang für die Staatsanwaltschaft ausgesprochen. Die Staatsanwaltschaft muß jede Anzeige untersuchen. Sie kann sie nicht von vornherein deshalb ablehnen, weil ihr die Verfolgung nicht opportun oder zu unerheblich erscheint.

§ 169.

„Gibt die Staatsanwaltschaft einem bei ihr angebrachten Antrag auf Erhebung der öffentlichen Klage keine Folge, oder verfügt sie nach dem Abschlusse der Ermittlungen die Einstellung des Verfahrens, so hat sie den Antragsteller unter Angabe der Gründe zu bescheiden."

§ 170.

„Ist der Antragsteller zugleich der Verletzte, so steht ihm gegen diesen Bescheid binnen 2 Wochen nach der Bekanntmachung die Beschwerde an den vorgesetzten Beamten der Staatsanwaltschaft und gegen dessen ablehnenden Bescheid binnen einem Monat nach der Bekanntmachung der Antrag auf gerichtliche Entscheidung zu.

Der Antrag muß die Tatsachen, welche die Erhebung der öffentlichen Klage begründen und die Beweismittel angeben, und auch von einem Rechtsanwalt unterzeichnet sein."

Auf jede Anzeige muß also von der Staatsanwaltschaft im Falle der Einstellung des Verfahrens ein Bescheid mit Gründen erteilt werden. Gegen diesen Bescheid ist im § 170 ein besonderer Beschwerdeweg zugelassen, und zwar für den Fall, daß der Antragsteller auch zugleich der Verletzte ist; also z. B. der Vorstand einer Synagogengemeinde, der Anzeige wegen Sachbeschädigung an der Synagoge der betreffenden Gemeinde stellt. Ist dies der Fall, so hat der Antragstellende binnen 2 Wochen die Entscheidung des Generalstaatsanwalts beim Oberlandesgericht im Wege der Beschwerde und gegen dessen ablehnenden Bescheid durch einen Rechtsanwalt die Entscheidung des Oberlandesgerichts darüber herbeizuführen, ob die Anklage zu erheben ist. Unabhängig vom § 170 hat aber jeder Anzeigende, auch wenn er nicht der Verletzte ist, gegen jeden ablehnenden Bescheid des Staatsanwalts das Recht, Beschwerde an den vorgesetzten Beamten der Staatsanwaltschaft zu erheben, und zwar ist eine solche Beschwerde auch nicht an eine bestimmte Frist gebunden. Sie kann also auch noch nach längerer Zeit erhoben werden. Als vorgesetzter Beamter des Staatsanwalts kommt in letzter Linie der Justizminister des betreffenden Landes in Frage. Es empfiehlt sich durchaus, bei jeder einigermaßen erheblichen und nicht aussichtslosen Sache, das Beschwerderecht bis zur letzten Instanz durchzuführen, da bei den heutigen politischen Zuständen gerade bei den Ministerien in zweifelhaften Fällen für uns günstige Entscheidungen zu erreichen sein werden.

Die Anwendung der oben besprochenen §§ 130 und 166 St. B. G. war in der Praxis der Gerichte bisher recht selten. Die meisten Anzeigen wegen derartiger Vergehen dürften schon durch Einstellungen der Staatsanwaltschaft gescheitert sein. Bei Ausnutzung des Beschwerderechts dürfte aber doch eine häufigere Erhebung von Anklagen zu erreichen und so in manchen Punkten eine Aenderung einer bisher ungünstigen Rechtsprechung zu ermöglichen sein.

§ 414.

„Beleidigungen und Körperverletzungen können, soweit die Verfolgung nur auf Antrag eintritt, von dem Verletzten im Wege der Privatklage verfolgt werden, ohne daß es einer vorgängigen Anrufung der Staatsanwaltschaft bedarf."

§ 416.

„Die öffentliche Klage wird wegen der im § 414 bezeichneten strafbaren Handlungen von der Staatsanwaltschaft nur dann erhoben, wenn dies im öffentlichen Interesse liegt."

Das Anwendungsgebiet dieses Paragraphen hat durch das Gesetz betr. die Entlastung der Gerichte insofern eine Erweiterung erfahren, als jetzt auch wegen Hausfriedensbruchs, Bedrohung, gefährlicher Körperverletzung und verschiedener anderer Straftaten mangels öffentlichen Interesses auf die Privatklage verwiesen werden kann. Die Frage, ob die Verfolgung von derartigen Vergehen wie Beleidigungen pp. im öffentlichen Interesse liegt, wird von der Staatsanwaltschaft nach freiem Ermessen geprüft. Bestimmte Vorschriften sind der Staatsanwaltschaft hierfür nicht gegeben; soweit lediglich private Interessen von Einzelpersonen in Frage kommen, wird man am besten gar nicht erst die Staatsanwaltschaft anrufen, sondern sofort Privatklage erheben. In der Praxis werden aber vielfach Anzeigen wegen antisemitischer Exzesse, auch wenn allgemeine Interessen in Frage stehen, von der Staatsanwaltschaft mangels öffentlichen Interesses abgewiesen. Es empfiehlt sich durchaus, auch in solchen Fällen gegen diese Entscheidungen Beschwerde einzulegen und das öffentliche Interesse durch geeignete Ausführungen näher zu begründen.

Allgemein ist noch zu bemerken, daß die Staatsanwaltschaft schon Anklage erheben muß, sobald ein hinreichender Tatverdacht vorliegt, daß sie aber nicht die Einstellung des Verfahrens verfügen darf, wenn sie bloße Zweifel daran hat, daß eine Verurteilung erfolgen wird.

Preßgesetz.

Die Anwendung des Preßgesetzes ist für unseren Kampf auch von Bedeutung. Nähere Erörterungen sollen für einen späteren Artikel vorbehalten bleiben. Im allgemeinen enthalten die Strafandrohungen des Preßgesetzes nur geringe Strafen, die mehr die Befolgung von äußerlichen Vorschriften betr. die Ordnung der Presse sichern. Von größerer Bedeutung sind die §§ 20 und 21, wonach die für den Inhalt einer Druckschrift verantwortlichen Personen bestimmt werden. Enthält der Inhalt einer Druckschrift den Tatbestand einer strafbaren Handlung (also z. B. Gotteslästerung, Beleidigung, Aufreizung zum Klassenhaß), so sind der verantwortliche Redakteur, der Verleger, der Drucker und der Verbreiter strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen. Sie können sich jedoch von der strafrechtlichen Verfolgung durch Benennung des Verfassers des betreffenden Artikels befreien. Was die öffentliche Verteilung von Flugblättern anlangt, so ist nach § 30 des Preßgesetzes die Landesgesetzgebung maßgebend geblieben. In den meisten Städten ist die Verteilung von Flugblättern an eine polizeiliche Erlaubnis geknüpft. Für Preußen ist z. B. das Gesetz über die Presse vom 12. Mai 1851 in Kraft geblieben, in dem in § 10 die öffentliche Verteilung von Druckschriften oder anderen Schriften oder Bildwerken an eine polizeiliche Erlaubnis geknüpft ist. Auch muß derjenige, der solche Schriften verteilt, anheftet oder anschlägt, den Erlaubnisschein, der auf seinen Namen ausgestellt sein muß, bei sich führen. Es sind über dieses Gebiet auch vielfach Polizeiverordnungen in Geltung geblieben. Wir haben versucht, durch eine Umfrage Näheres darüber festzustellen. Es kommen, da es sich nur um Uebertretungen handelt, nur geringfügige Strafen in Betracht, so daß mit Hilfe dieser Bestimmungen nicht allzuviel zu erreichen sein wird.

Abschließend ist noch zu bemerken, daß auch auf zivilrechtlichem Wege mitunter wirksam im Kampfe gegen den Antisemitismus vorgegangen werden kann. Doch hierüber soll Näheres einer späteren Erörterung vorbehalten bleiben.

7. Antisemitismus und Strafjustiz.

Wir beabsichtigen, in nächster Zeit über das Thema „Antisemitismus und Strafjustiz" eine Denkschrift zu verfassen, die in den „Mitteilungen des Syndikus" veröffentlicht und den beteiligten Ministerien unterbreitet werden soll. Es sollen hierbei alle Fälle zusammengestellt werden, in denen wir über ein zu geringes oder mangelhaftes Einschreiten der Staatsanwaltschaften gegen antisemitische Straftaten, sowie überhaupt über einseitige, für uns ungünstige Beurteilung von Straftaten durch die Strafverfolgungsbehörden zu klagen haben. Es sollen auch besonders krasse Urteile Erwähnung finden.

Wir bitten alle Landesverbände und Ortsgruppen, aus ihren Bezirk abgeschlossene Fälle in einer Denkschrift zusammenzustellen und diese nebst Unterlagen (Akten, oder wenigstens die amtlichen Bescheide, Urteile usw.) an unsere juristische Abteilung zu übersenden.

8. Wichtige Neuigkeiten.

Um unseren Freunden eine Uebersicht über die wichtigsten Ereignisse der letzten Zeit zu geben, bringen wir nachstehend einen Auszug aus dem demnächst erscheinenden Tätigkeitsbericht.

1. **Ausschuß für Kriegsstatistik.** Der Ausschuß für Kriegsstatistik hat seine Tätigkeit eingestellt und sich aufgelöst. Die Segall'sche Schrift ist von ihm noch einmal revidiert worden und hat eine kleine Abänderung dadurch erfahren, daß bisher übersehene Druckfehler beseitigt sind. Das Urmaterial ist dem Hilfsverein der deutschen Juden übergeben worden und steht den Organisationen, die seinerzeit den Ausschuß gegründet haben, zur Verfügung. Daß der Ausschuß dringend notwendig gewesen ist, daß vor allem seine Hauptarbeit, die Statistik über die Beteiligung der jüdischen Soldaten am Kriege, unentbehrlich geworden ist, beweisen die verschiedenen Angriffe neuester Zeit gegen unsere Soldaten.

2. **Bauer, Wrisberg, Ludendorff und Zeitungspolemiken.** Die drei genannten Offiziere haben in neuester Zeit ihre Erlebnisse in verschiedenen Büchern niedergelegt und ergänzt, die an anderer Stelle noch besprochen werden sollen. In allen Büchern und demgemäß auch in verschiedenen Zeitungen sind die alten Behauptungen über Drückebergerei jüdischer Soldaten wieder von neuem aufgetaucht und breitgetreten. Oberst Bauer z. B. erklärt neben sonstigen vielen Anwürfen gegen die Juden, das über die jüdischen Soldaten gesammelte Material würde, wenn es vollständig veröffentlicht wäre, vernichtend für uns sein. „Vernichtend" wäre es tatsächlich, aber nur für ihn und andere Antisemiten. Die Segall'sche Schrift beweist klar und deutlich, daß alles, was unsere Gegner gegen die jüdischen

Mitkämpfer vorbringen, unvollständig und nur vom Haß eingegeben ist. General Wrisberg geht sogar soweit, daß er die Angaben aus der Schrift Otto Armin's als Tatsache annimmt, obgleich er als ehemaliger Direktor des Allgemeinen Kriegsdepartements im Kriegsministerium am besten wissen muß, daß diese Angaben sich auf Erhebungen des Jahres 1916 stützen, daher völlig unvollständig sind und ein gänzlich falsches Bild geben. General Ludendorff versteigt sich zu derselben Behauptung. Durch eingehendes Studium antisemitischer und jüdischer Schriften sei er zu der Ueberzeugung gekommen, daß tatsächlich die Juden an dem Unglück des Deutschen Reiches schuld sind. Liest man seine Anwürfe, dann sagt man sich sofort, daß von einem Studium gar keine Rede sein kann, sondern daß er ihm Uebermitteltes falsch wiedergegeben hat, wenn auch nicht in böser Absicht. Kindisch geradezu sind seine Ausführungen über die Alliance israélite universelle und den Orden Bne-Brith. Bei den Besprechungen der Bücher werden wir Einzelheiten widerlegen. Daß hiernach antisemitische Zeitungen diese Angaben gern den Schriften entnommen und besprochen haben, ist von ihrem Standpunkt aus verständlich. Uns ist aber eine ungeheure Arbeit durch die Beantwortung erwachsen, die von außerordentlich vielen Stellen der Mitgliedschaft dringend gefordert wurde.

3. Von befreundeter Seite wird uns mitgeteilt, daß die Zeitung **„Hamburger Warte"**, die schroff antisemitisch ist, wunderbarerweise insbesondere von Juden gekauft und gehalten wird, daß auch Juden in ihr inserieren. Der betreffende Freund sprach bezüglich des letzteren Punktes von einer „Charakterlosigkeit". Wir verfehlen nicht, hierauf hinzuweisen.

4. Die Schriften von **Bulaschow, „Die Nutznießer des Bolschewismus"**, und von Rieger, **„Vom Heimatsrecht der deutschen Juden"**, sind vollständig vergriffen und müssen neu gedruckt werden.

5. Ein Dr. Otto Becker hat in Heymann's Verlag, Berlin, eine Schrift **„Deutschlands Zusammenbruch und Auferstehung"** erscheinen lassen. Die Schrift ist außerordentlich lesenswert, weil sie sehr objektiv und klar vor Augen führt, daß der Mangel an politischem Verständnis bei Führern und Volk in Deutschland den Zusammenbruch herbeiführen mußte. An einer Stelle bezweifelt er das Nationalgefühl der deutschen und russischen Juden. Wir werden ihn hierauf hinweisen und zu einer Abänderung bzw. Berichtigung veranlassen.

6. Der rühmlichst bekannte **Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund** sucht neuerdings den Antisemitismus mehr noch als bisher ins Ausland zu verpflanzen. Er hat an holländische Universitätsprofessoren seine sogenannten deutschvölkischen Schriften in großen Mengen versandt. Wenn er auch nicht auf besondere Gegenliebe gestoßen ist, haben wir doch Gelegenheit genommen, mit unseren holländischen Freunden in Verbindung zu treten und ihnen Material zur Widerlegung zuzustellen.

7. Der bekannte Antisemit **Ellegaard Ellerbeck** hat sich, wie wir ja schon berichtet haben, wegen eines Artikels in der „Greifswalder Zeitung" beleidigt gefühlt, eine Klage eingereicht, diese aber zurückgezogen, nachdem er im Laufe der Voruntersuchung gemerkt hatte, daß ein ihn außerordentlich schwer belastendes Material zusammengetragen werden konnte. Dieses Material werden wir demnächst veröffentlichen.

8. Häufig haben wir uns gewundert, daß antisemitische Zeitungen so zahlreiche **Inserate jüdischer Persönlichkeiten** gebracht haben. So fanden wir z. B. vor wenigen Tagen in dem von Reinhold Wulle herausgegebenen „Deutschen Abendblatt" die Anzeige der Geburt einer Tochter eines unserer Freunde. Erkundigungen ergaben, daß die Anzeige der „Magdeburgischen Zeitung" aufgegeben, von dieser nicht weitergegeben, dagegen von der Druckerei der „Deutschen Tageszeitung" ohne weiteres übernommen war. Da diese auch das „Deutsche Abendblatt" druckt, hatte dieses antisemitische Blatt die Anzeige eines Juden als sogenannten „Füller" verwendet. Es behauptet allerdings, keine Absicht hierbei gehabt zu haben. Vergleicht man aber die zahlreichen Fälle ähnlicher Art, so ist ein Bedenken nicht ungerechtfertigt.

9. Der **Nationalverband deutscher Offiziere** und der **Verband nationalgesinnter Soldaten** hatten in großen Anzeigen in ihrem Bundesorgan und der rechtsstehenden Presse die Verleihung einer Kriegsdenkmünze angekündigt und sogar vorgeschrieben, daß diese wie ein Orden am schwarz-weiß-roten Bande zu tragen sei. Diesem Unfug hat der Reichswehrminister aus eigenem Entschluß ein Ende gemacht dadurch, daß er verfügte, die Kriegsdenkmünze dürfe von Angehörigen der Reichswehr nicht als Orden getragen werden.

10. Neuerdings versucht man, die **Schutzpolizei** im allgemeinen gerade so antisemitisch zu beeinflussen, wie es seinerzeit bei der Reichswehr versucht worden war. Dies geschieht dadurch, daß unmittelbar an die Hundertschaften gerichtete Flugblätter versandt werden, in denen die Angehörigen der Schupo gegen uns auf das eindringlichste eingenommen werden sollen. Wir haben die Angelegenheit bereits dem Preußischen Minister des Innern unterbreitet.

11. Es schweben zurzeit zahlreiche **Prozesse gegen Antisemiten** wegen Beleidigung, Gotteslästerung, Verleumdung und Aufreizung zum Klassenhaß usw. — Die Klagen sind sowohl von der Centrale wie auch von einigen Landesverbänden und Ortsgruppen eingeleitet.

12. In Berlin besteht ein eingetragener Verein „Jungsturm". Dieser hat sich zum Ziel gesetzt, für körperliche Ertüchtigung der männlichen Schuljugend zu wirken unter Ausschluß aller parteipolitischen und religiösen Ziele. Trotz dieser Bestimmung ist vor einiger Zeit die Abteilung Charlottenburg des Vereins aufgelöst worden, „weil ihre überwiegend jüdische Zusammensetzung einen kolossalen Schaden für den Jungsturm darstelle." Eine Beschwerde der Elternvereinigung dieser Abteilung wurde in zwei Instanzen abgelehnt. Ferner wurde auf einer Jungsturmtagung beschlossen, die bestehende Jungstürmer-Ordnung dahin abzuändern, daß nur reindeutsche Jungen aufgenommen werden dürfen.

Wir haben infolgedessen in einer entsprechenden Eingabe den preußischen Kultusminister gebeten, zu verbieten, daß Schüler staatlicher und städtischer Lehranstalten diesem Verein als Mitglieder angehören, weil die Erziehung der Jugend zum Rassen- und Konfessionshaß den vom Minister gegebenen Bestimmungen über Jugenderziehung widerspricht.

13. Schlimmer als in den Großstädten macht sich der **Antisemitismus in kleinen Orten** für den einzelnen Juden fühlbar. Mehr noch als der Materialschaden, der diesem durch eine Boykottbewegung usw. vielfach zugefügt wird, ist das Moment seelischen Schmerzes, unter dem eine leider nur zu große Zahl Juden zu leiden hat. Diese Stimmungen nach Kräften zu lindern, bemühen wir uns dadurch, daß wir unseren Freunden durch besonders eingehende Bearbeitung ihrer Angelegenheiten zeigen, wie sehr wir wenigstens um Abschwächung der Mißstände bemüht sind.

14. Die **Sprechstunde des Centralvereins** war in letzter Zeit außerordentlich rege besucht. Meistens handelte es sich um Beschwerden unserer Mitglieder und Freunde über antisemitische Vorfälle. Teils haben wir den Klienten die Erhebung einer Privatklage empfohlen, teils auch die Anfertigung von Schriftsätzen zur Weiterverfolgung der Angelegenheit übernommen.

15. **Abwehrmaterial** wird nicht nur von jüdischer, sondern auch von christlicher Seite neuerdings im besonderen Maße gefordert.

16. Die Kunden einer größeren Schokoladenfirma bekamen von einem antisemitischen Bund die Aufforderung, die Bestände der jüdischen Firma auszuverkaufen. Diesem neuesten Versuch antisemitischen Boykotts begegneten wir dadurch, daß wir feststellten, von wem diese Aufforderung ausgegangen ist, um dann gegen die betreffende Stelle die Firma wegen Vergehens gegen das Gesetz von unlauterem Wettbewerb und Verstoßung gegen die guten Sitten zum Einschreiten zu veranlassen.

17. Gegen ein neues Schwindelunternehmen, einen „Bund für moderne Aufklärung", (s. Mitt. Nr. 12 S. 159), müssen wir neuerdings den Kampf aufnehmen. Der Bund verlangte von uns Unterstützung. Wir haben aber ermittelt, daß es sich um ein Schwindelunternehmen handelt, das zudem noch darauf berechnet ist, unsere Bestrebungen bei der Außenwelt in Mißkredit zu bringen. Durch Rücksprache im Polizeipräsidium ist bisher schon erreicht, daß das Konto dieses Bundes gesperrt wurde und die Staatsanwaltschaft sich mit dem Unternehmen beschäftigte.

18. Die antisemitische Presse wird jetzt von uns auch darauf verfolgt, ob sich in ihr geeignetes Material dafür findet, daß Schiebungen und Wucher von den christlichen Bevölkerungskreisen getrieben wird. Verschiedene diesbezügliche Artikel haben die letztere Tatsache bereits bewiesen.

19. Der **„Bund für Ost- und Westpreußen"** hatte beabsichtigt, einen Antrag zur Debatte zu stellen, der den Ausschluß der Juden aus dem Bund für Ost- und Westpreußen forderte. Eins unserer Mitglieder, ein Dresdener Kaufmann, hat hierauf in den „Dresdener Neuesten Nachrichten" und dem „Berliner Tageblatt" ganz ausgezeichnet Stellung genommen. Im Anschluß hieran wurde von einem unserer Landesverbände von den Vorsitzenden der Ortsgruppen des Bundes für Ost- und Westpreußen eine Stellungnahme zur Aufnahme von Juden eingefordert. Die abgegebenen Erklärungen befriedigen durchaus.

20. In längeren Erwiderungen haben wir **Angriffe gegen jüdisches Schrifttum** und speziell gegen jüdische Religions-Vorschriften zurückgewiesen, so z. B. Angriffe auf das Schächten in der „Tierärztlichen Rundschau", ferner Erwiderung auf eine von Imholz ausgesetzte Auslobung wegen der Erklärung des Wortes „Akum". Auch an Privatpersonen sind verschiedene Auskünfte über die Auslegung hebräischer Worte gegeben worden. Der betreffende Dezernent ist vollauf mit diesen Arbeiten beschäftigt.

21. Die **Besudelung jüdischer Gotteshäuser mit Hakenkreuzen** scheinen Schule gemacht zu haben. Uns sind besonders auffallende Fälle aus München, Görlitz und Gollnow mitgeteilt. Die Synagogengemeinde in Gollnow hat bereits angefragt, ob nicht auf Grund des § 304 R. St. G. B. vorgegangen werden könne, außerdem hat sie ohne unser Zutun Strafanzeige erstattet. Der Oberstaatsanwalt hatte ein Einschreiten mit der Begründung abgelehnt, die Täter wären betrunken gewesen und hätten nicht nur das Gotteshaus, sondern wahllos auch Häuser und Zäune beschmiert. Da die exakte Ausführung der Hakenkreuze nicht von sinnloser Betrunkenheit zeugte, haben wir der Gemeinde angeraten, sich mit diesem Bescheid nicht zu begnügen. Das Ergebnis steht noch aus.

22. In einer öffentlichen Volksversammlung in **Elbing** sprach unser Dezernent für das Pressewesen über „Arbeiterschaft und Judentum". Der in der Diskussion auftretende Führer der Deutschvölkischen mußte unter dem Gelächter der Versammelten abtreten. Die Versammlung erbrachte den Beweis, daß, wo lokale Interessen dem nicht entgegenstehen, es durchaus angebracht sein kann, vom Centralverein große öffentliche, für die Masse der Arbeiterschaft bestimmte Aufklärungs- und Abwehrversammlungen einzuberufen. Mit Rat und Tat stehen wir gern zur Verfügung.

23. Bekanntlich suchen die Antisemiten den **Antisemitismus** in die **Arbeiterschaft** zu verpflanzen. Wir haben erkannt, an welcher Stelle und in welcher Weise wir einen Hebel für die Gegenaktion ansetzen können. Zunächst werden wir ein Abwehr-ABC herausgeben, das auf wenigen Seiten in gedrängter Kürze den besonders in Arbeiterversammlungen vorgebrachten antisemitischen Angriffen entgegentritt.

24. Im Demokratischen Verlag, Berlin SW 11, Bernburger Straße 18, ist eine Broschüre **„Aus der Werkstatt der Rechtsbolschewisten"** erschienen, die im Abwehrkampf gute Dienste leistet. Eine möglichst große Verbreitung dieser Broschüre ist erwünscht.

25. Wir sind dabei, neue **Klebezettel** herauszugeben, die dem Kapitel „Antisemitismus und Arbeiterschaft" gewidmet sind und noch im Laufe des Winters den Ortsvereinen zugehen werden.

26. **Rechtsanwalt Naumann***) hat im **„Roten Tag"** einen Artikel **„Ganz-Deutsche oder Halb-Deutsche?"** erscheinen lassen, aus dem wir folgende Stellen hervorheben:

„Der innere Gegensatz der Nichtjuden zu den Juden beruht im letzten Grunde auf dem Gefühl der Stammesfremdheit, einem Gefühl, das nicht nur gerade gegen den Juden, sondern gegen jeden Fremdstämmigen reagiert, das selbst zwischen den einzelnen deutschen Stämmen besteht und dessen Auswirkungen gegenüber diesem und jenem Fremdstamme nur Gradunterschiede, nicht Wesensunterschiede darstellen . . . .

Aus Amerika kommt die Kunde von einer Bewegung für „hundertprozentiges Amerikanertum". . . . .

---

* Siehe auch den Artikel auf S. 164 d. Bl.

Man darf diese Bewegung nicht für eine „völkische" in dem Sinne halten, wie das Wort heute bei uns verwendet wird. . . . .

. . . . Was im Sinne der „Hundertprozentigen" das wahre Amerikanertum ausmacht, ist der gefühlsmäßige Zusammenhang, das Verwurzeltsein mit dem Boden Amerikas, der Entschluß, nichts als Amerikaner, kein Bindestrich-Amerikaner irgendeiner Gattung zu sein. Und darin liegt der gesunde Grundgedanke der Bewegung, der Gedanke, daß nur der als Staatsbürger brauchbar ist, der seinem Vaterlande wirklich mit hundert Prozent seines Gefühls angehört.

Die Politik, die Leute der vorhin geschilderten Wesensart den deutschen Juden empfehlen, geht andere Wege. Sie meinen, das deutsche Volk müsse sich damit begnügen, wenn die deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens ihm fünfzig Prozent ihres Gefühls bieten und den Rest ihren über die Welt zerstreuten deutschfremden oder deutschfeindlichen Stammesgenossen vorbehalten.

Die Politik jener Leute hat dazu geführt, daß der nationalempfindende Nichtjude, selbst wenn er kein Kunze-Anhänger ist, heute dem jüdischen Partner mit stärkstem Mißtrauen gegenübersteht. Aber derselbe Nichtjude würde auch heute noch bereit sein, unbeschadet des austilgbaren und praktisch belanglosen Restes von Fremdheitsgefühl mit dem deutschen Juden zusammenzuarbeiten, von dem er fest überzeugt sein könnte, daß er wirklich ein hundertprozentiger Deutscher ist . . . . Aber leider ist ein nicht geringer Teil von diesen nationaldeutschen Juden das, was ein entsprechender Teil jeder Gesamtheit ist, eine unselbständige, der Führung bedürftige Masse, zum eigenen Denken nicht erzogen, geneigt, Schlagwörter für unumstößliche Wahrheit zu nehmen und jedem Klugschwätzer zu folgen, der ihnen mit der Geste der Ueberlegenheit und mit der nötigen dialektischen Gewandtheit entgegentritt. Schwätzer dieser Art sind es, die einem Teil der nationaldeutschen Juden eingeredet haben, sie dürften und müßten mit dem Deutschtum auf fünfzig Prozent zu akkordieren versuchen, der Rest ihres Empfindens gehöre land- und kulturfremden Stammesgenossen.

. . . . Diese „Politiker" haben es glücklich erreicht, daß selbst der unbefangene, nicht in „deutschvölkische" Vorurteile verrannte Nichtjude den Eindruck gewinnen muß, die deutschen Juden, die sich so zur äußeren Einheitsfront zusammenschließen, müßten auch innerlich einheitlich sein, und fünfzig Prozent Deutschtum sei eben das Höchste, was der Jude, einer wie der andere, zu bieten habe. . . .

Leute dieses Schlages, die ständig über „Antisemitismus" zetern, sind es, die in Wahrheit den Antisemitismus züchten. Die von diesen Leuten immer wieder äußerlich zusammengeflickte „jüdische Einheitsfront" macht den Nichtjuden glauben, der Jude könne bei diesem Willen nicht Ganzdeutscher, höchstens Halbdeutscher sein."

27. Wir sind dabei, ein Zeitungsarchiv (s. auch S. 187 d. Bl.) anzulegen, das, nach modernstem Muster aufgebaut, allen Anforderungen unserer Freunde im Lande Material liefern soll. Wir wiederholen die Bitte, uns hierin dadurch zu unterstützen, daß uns gegebenenfalls je zwei Zeitungsnummern mit Notizen und Aufsätzen zugesandt werden.

9. Deutschvölkische Kritik an dem Alldeutschen Verbandstag in Innsbruck und dem Deutschen Tag in Detmold.

Den Deutschvölkischen um Heinrich Pudor war der Alldeutsche Verbandstag, der am 21. September in Innsbruck stattfand, nicht judenfeindlich genug. Das „Antisemitische Rüstzeug" kommt in Nr. 25 und 26 vom 26. und 30. Oktober auf diese Tagung zurück und schreibt dem Vorsitzenden des Verbandes, Herrn Justizrat Claß, folgendes ins Stammbuch:

„Wir im Alldeutschen Verbande haben von je die Auffassung vertreten, daß nützliche Politik nur denkbar sei, wo sie von Charakteren getragen wird. Leider können wir bei Herrn Claß keinen solchen „Charakter" erkennen, denn dieser muß sich bei einem Politiker heute vor allem darin zeigen, daß er furchtlos die Schuld der Juden aufdeckt. Herr Claß aber nahm nicht einmal das Wort Juda in den Mund. Und im übrigen: Bankverbindung der Verlagsgesellschaft der alldeutschen Zeitungen: Diskontogesellschaft! Wie sagte der letzte Redner der Aussprache auf dem Verbandstage laut Alld. Bl. Seite 150? „Empörend sei es, daß sog. deutsche Banken dem feindlichen Staate noch die Geldmittel zugänglich machen, um diesen Vernichtungskampf gegen das Deutschtum zu führen." Und der Alld. V. trägt einer solchen sog. deutschen Bank auch noch seine und seiner Anhänger Depositengelder zu? Das nenne ich „Charakter" . . . Als Haupt- und Grundfrage stellte Claß auf dem Verbandstage auf: „Gelingt es, die Massen des Volkes, die sich als Arbeiterschaft bezeichnen, für ihr Volkstum, für den deutschen Staat und für das friedliche Zusammenleben mit den anderen Volksgenossen zurückzugewinnen oder nicht." Nun ist es doch aber zur Genüge bekannt, daß die jüdische Sozialdemokratie die Arbeiterschaft dem deutschen Staate entfremdet hat. Also müßte doch wohl auch aus diesem Grunde die Angriffsfront gegen Juda genommen werden. Aber auch hiervon ließ Herr Claß nichts verlauten."

Ueber den Deutschen Tag in Detmold schreibt der Herausgeber des „Antisemitischen Rüstzeugs" in Nr. 26 vom 30. Oktober folgendes:

„Den Zeitungsberichten nach hat die Tagung einen erhebenden Verlauf genommen. Wir vermissen folgendes:. Erstens scheint man nicht der großen Toten des Jahres gedacht zu haben. Zweitens scheint kein Wort freudigen Stolzes über die Hermannstat an Erzberger gefallen zu sein. (War es schließlich gar nicht einmal eine Tells-Tat, sondern die eines persönlichen Widersachers E-s.?) Drittens sind wohl viele „Festreden" gehalten worden, aber der Vertiefung und Schärfung der eigentlichen völkischen Arbeit ist kein Raum gewidmet worden. Viertens und vor allem ist es nur wieder wirklich ein großes „Theater" gewesen, trotz aller schönen Worte und Schwüre. Denn als die Gelegenheit kam zu beweisen, daß man für die Worte auch einstehen wollte und daß man es ernst meine mit dem Rütlischwur („wir wollen frei sein, eher den Tod, als in

der Knechtschaft leben") und daß man es ernst meine mit dem seit so und so viel Jahren gebrauchten „Lieber tot als Sklave" — da versagte man, da war man doch wieder unterwürfig, doch wieder Sklav und nicht fähig zur Befreiung! Diese Gelegenheit war da, sagen wir, sie wurde von höherer Sternenmacht als Prüfstein in die Wagschale geworfen: nun zeigt einmal, ob es euch wirklich ernst ist oder ob ihr bloß die Augen verdreht und ein Theater aufführt. Eine Kleinigkeit: Der Festzug zu dem Denkmal des Befreiers hinauf war „verboten" worden. Es wäre eine Kleinigkeit, sagen wir, gewesen, den Festzug nun erst recht zu machen. Oder wenn es wirklich eine ernste Sache war und zu schweren Folgen führen konnte, so hatte man wiederum erst recht eine Gelegenheit zu zeigen, daß man gewillt war mit seiner Person einzustehen für das, was man geredet, gelobt und geschworen hatte. Aber nein, man kuschte und fügte sich, der Festzug unterblieb und nur in kleinen Trupps ging es bergan. Und oben stand Hermann, in der Rechten das Schwert haltend, das Schwert, Siegfrieds Schwert, das Symbol der Befreiungstat! Unten aber strauchelte man vor dem kleinsten Hindernis, dem „Verbote" seitens einer gesetzwidrigen, von uns nicht anerkannten Regierung! Und dabei sollte dieser Festzug zum Denkmal doch wohl den Höhepunkt der Tagung bilden!"

10. Eine „Weltgeschichte der Deutschen".

Der verantwortliche Schriftleiter der „Vossischen Zeitung", Herr Julius Elbau, schreibt unter dieser Ueberschrift in der Nr. 669 des Blattes von Samstag, den 3. Dezember:

Im Verlag Karl Sigismund in Berlin ist eine „Weltgeschichte der Deutschen" erschienen. Der Verfasser ist Albrecht Wirth. In einer Verlagsnotiz wird versichert, daß in dem Buch der „geheimnisvolle Schleier, der über grauer Vorzeit schwebt, gelüftet" werde. Aber damit begnügt sich der Verfasser nicht. Vor seinem Seherauge hat auch die jüngste Gegenwart keine Rätsel. Seine Leser können die Weltgeschichte bis in die allerletzten Tage hinein verfolgen. Es gibt nichts Großes und nichts Kleines, was Albrecht Wirth nicht wüßte und für seine „geschichtliche" Darstellung nicht verwertbar hielte.

Soweit Albrecht Wirth sich nicht auf die Wiedergabe von geprüften und ungeprüften Zeitungsmeldungen beschränkt, vertritt er den deutschvölkischen Standpunkt. Die Gewissenhaftigkeit, mit der er dabei verfährt, wird durch die Behauptung beleuchtet, Rathenau sei der Mann gewesen, „der den Bolschewisten, der insbesondere Lenin die Pläne zur Sowjetisierung geliefert hat."

Das ganze Unglück der Deutschen kommt von den fremden Einflüssen, von den nichtarischen Elementen. Allerdings darf der Leser, der die letzten Kapitel in sich aufnimmt, kein allzu gutes Gedächtnis haben. Sonst fällt ihm auf, daß die Führung durch die deutsche Geschichte mit der Schilderung all der Gemeinheiten beginnt, die von den Deutschen gegen die Deutschen in grauer Vorzeit verübt wurden. Wobei freilich auch damals die anderen schuld waren. „Was war der Erfolg von Armins Lebensarbeit?" so fragt Albrecht Wirth. Und er antwortet: „Der gleiche wie Hindenburgs!" „Fast möchte man," so fährt er fort, „mit Wilhelm Busch sprechen: Der größte Lump bleibt obenauf."

„Siegfried gewinnt ein Königreich nach dem anderen, aber verschenkt es wieder oder vergißt es ganz und gar; jedenfalls macht er sich nichts daraus. Ist er doch sicher, jeden Tag, wenn er will, ein neues Königreich zu erobern. Das ist so recht der Deutsche! Mutig, tapfer, leistungsfähig bis zum äußersten, allein unbekümmert, darauflos wirtschaftend, arg- und sorglos bis zum Verbrechen. Da haben wir den ganzen Weltkrieg. Wir rückten vor nach West und Ost. Wir eroberten und eroberten, wußten aber mit den Eroberungen nichts anzustellen. Ohne Zweck und ohne Ziel! Kein Wunder, daß da zuletzt die zielsichere Politik der Feinde uns überwältigte."

Und vierhundert Seiten später kommt dann die Geschichte von dem „Dolchstoß" und dem ganzen Zubehör bis zu den Möbeln, die Scheidemann als Oberbürgermeister von Kassel aus dem dortigen Schloß bezogen habe.

Immerhin ist kein Grund zu einem besonderen Pessimismus vorhanden. Schon auf Seite 18 wird die Frage, ob der furchtbare Zusammenbruch uns endlich aufstacheln wird, folgendermaßen beantwortet: „Ein geschichtsphilosophischer Prophet, Kemmerich, glaubt es. Er meint, daß wir in den 1930er Jahren die Weltherrschaft erringen würden." Dieser Kemmerich wäre ganz der Mann, die Geschichte Albrecht Wirths schon jetzt bis zum Jahre 1930 fortzusetzen.

11. Christliche und jüdische Mediziner in Universitätsstädten.

Die antisemitische Presse behauptet, die medizinische Fakultät sei „verjudet" und stellt als Beweis für diese Behauptung Zahlenangaben über christliche und jüdische Dozenten der medizinischen Fakultät und von Aerzten an einer Reihe von Universitätsstädten einander gegenüber. Durch eingehende Erkundigungen, deren Ergebnis die nachstehende Zusammenstellung enthält, können wir den Beweis erbringen, daß die zum ersten Mal im Februar 1921 von der in Rastenburg erscheinenden, ult. 1921 eingehenden Zeitung „Deutsche Arbeit" gemachten Angaben unzutreffend sind. Die unter den Hauptzahlen in Klammern angegebenen Ziffern geben die Anzahl der Mediziner jüdischen Glaubens an.

Bei dieser Gelegenheit ist der Wunsch ausgesprochen, die Centrale müßte ein Verzeichnis aller Dozenten an deutschen Hochschulen halten und durch entsprechende Erhebungen über die Konfessionsabstimmung derselben (ob jüdisch oder nichtjüdisch) Auskunft erteilen können. Wir haben infolgedessen einen Hochschulkalender beschafft, in dem alle Dozenten aufgeführt sind, und werden, wenn die betreffenden Ortsgruppen die schon vor längerer Zeit erbetenen Angaben gemacht haben, in der Lage sein, die Abstammung der Hochschuldozenten angeben zu können.

ZUSAMMENSTELLUNG

der christlichen und jüdischen Mediziner in einer Reihe von Universitätsstädten, in denen nach Angabe der antisemitischen Presse das jüdische Element vorherrschend sein soll:

Universität	Von den Antisemiten angegebene Zahlen		Tatsächliche Zahlen		Bemerkungen
	Dozent	Aerzte	Dozent.	Aerzte	
Berlin	202 (150)		216 (53)*)		*) Einschliessl. der Dozenten jüd. Abstammung, deren genaue Zahl sich nicht feststell. liess — daher die summarische Angabe
Bonn	55 (37)				hat trotz wiederholter Bitten um entsprechende Angaben nicht geantwortet
Breslau	61 (36)		61 (11)*)	398 (186)**)	*) Ausserdem 12 jüd. Abstammung **) Ausserdem 14 jüd. Abstammung
Erlangen	26 (11)		31	11	Hie bei kein Jude
Freiburg Br.	49 (18)		55 (3)*)	140 (20)	*) Hiervon 1 getauft 1 aus der Religionsgemeinschaft ausgeschieden
Giessen	33 (15)		33 (1)*)		*) Ausserdem 1 jüd. Abstammung
Göttingen	38 (20)		41 (3)*)	25 (2)**)	*) Ausserdem 4 jüd. Abstammung **) Ausserdem 1 jüd. Abstammung
Greifswald	28 (14)		31 (1)*)		*) Ausserdem 2 jüd Abstammung
Halle	51 (23)		52 (3)		
Hamburg		734 (412)	73 (1)*)		*) Ausserdem 3 jüd. Ab tammung, 10 vielleicht jüd. Abstammung
Heidelberg	52 (29)		58 (3)*)		*) Ausserdem 6 jüd. Abstammung
Jena	38 (18)		37	40 (1)	
Kiel	48 (28)		44 (1)*)		*) Ausserdem 2 jüd. Abstammung
Köln	34 (19)		37 (6)*)		) 4 hiervon wahrscheinlich nicht Juden, sondern jüd. Abstammung
Königsberg	54 (43)	284 (159)			Hat trotz wiederholter Bitten um entsprechende Angaben nicht geantwortet
Leipzig	63 (35)		71 (1)*)		*) Ausserd m könnten 4 vielleicht von Juden abstammen
Marburg	30 (16)		32 (1)*)	18 (1)	* Ist getaufter Jude
München	106 (61)	1098 (644)	112 (5)*)	1230 (108)**)	*) Ausserdem 4 jüd. Abstammung 1 zweifelhaft **) Ausserdem 26 jüd. Abstammung 24 zweifelhaft
Münster	20 (13)		5*)		*) eine medizinische Fakultät gibt es nicht. Hierbei kein Jude
Rostock	37 (19)		33 (2)*)	20-25 (1)	*) Ausserdem 2 jüd. Abstammung
Tübingen	36 (22)		36 (2)	22*)	*) hierbei kein Jude und wahrscheinlich keiner jüd. Abstammung
Würzburg	43 (20)		44 (1)	147 (15)	

12. Die deutschnationale Volkspartei zur Judenfrage.

Die parteiamtliche „Deutschnationale Korrespondenz" teilt laut „Berliner Tageblatt" vom 28. 11. folgendes mit:

„Die Parteivertretung der Deutschnationalen Volkspartei hielt dieser Tage in Berlin eine Tagung ab. Sie beschäftigte sich zunächst mit einer Reihe von Anträgen, die sich auf die Stellung der Partei zur völkischen Frage bezogen und der Parteivertretung von dem Münchener Parteitag zur Beratung überwiesen waren. In Ausführung dieses Auftrages des Parteitages beschloß die Parteivertretung nach eingehenden Beratungen: „Unter Abstandnahme von Aenderungen der Satzung und der Grundsätze der Partei ist der Vertretertag überzeugt, daß sowohl die Parteileitung wie die Fraktionen und Landesverbände in der praktischen Arbeit klar und mit aller Entschiedenheit auf dem Boden des deutschvölkischen Bekenntnisses stehen und wie bisher, so auch ferner die Partei von jedem jüdischen Einfluß freihalten werden."

Die Annahme dieser Entschließung beweist, daß der extreme deutschvölkische Flügel die Oberhand innerhalb der Partei gewonnen hat.

13. Die „jüdischen" Bolschewiki.

Wir geben nachstehend eine im „Bayerischen Kurier" vom 25. 11. veröffentlichte Erklärung des ukrainischen Geschäftsträgers wieder, die ein wertvolles Zugeständnis enthält, daß die überwiegende Mehrzahl der ukrainischen Judengegner Bolschewiki sind:

„Von dem Geschäftsträger der Ukrainischen Volksrepublik erhalten wir folgende Zuschrift: „Laut Ihrer telegraphischen Meldung aus Warschau „veranstalten Petljuras-Bande in der Ukraine Judenmassenmorde" und es „flüchteten aus Angst vor Pogromen Tausende von Juden über die polnische Grenze". Demgegenüber sei auf Grund unserer authentischen Informationen festgestellt, daß die Nachricht, wonach Massakers gegen die jüdische Bevölkerung derzeit in der Ukraine vorkommen, leider zwar allerdings richtig ist; doch werden diese Pogrome keineswegs von den ukrainischen Insurgenten, sondern von den roten Truppen veranstaltet, welche im Hinblick auf die dem Aufstande freundliche Stimmung der friedlichen jüdischen Bevölkerung die letztere immer vor dem Einzug der Aufständischen deshalb massakriert und plündert, weil das Gros der städtischen und ländlichen jüdischen Bevölkerung der Bolschewiki-Herrschaft satt, die ukrainischen Aufständischen überall, wo sie erscheinen, mit Enthusiasmus begrüßt und ihnen im Falle eines Rückschlages zugunsten der Roten Armee sogar geheime Unterkunft gewährt."

14. Bund Oberland.

Am 31. Oktober wurde in München der „Bund Oberland" gegründet und ist etwa Mitte Dezember als E. V. ins Vereinsregister eingetragen. Die Geschäftsstelle befindet sich in München, Knöbelstr. 8. Vorsitzender ist Bahninspektor Knauf. Nach den Satzungen ist der Zweck des Bundes: „Zur Förderung des Wiederaufbaues des Vaterlandes die Mitglieder mit echt deutschem Geist zu durchdringen und zu staatlicher, kultureller und sozialer Arbeit zu erziehen." Mitglied kann jeder Deutsche werden, den der Aufnahmeausschuß für mündig befunden hat. Die Mitglieder haben den Vorstand in allen seinen Maßnahmen zu unterstützen und ihm bedingungslos Folge zu leisten.

Stimmberechtigt sind nur die Mitglieder, die das Bewährungsabzeichen erhalten haben.

Der „Bund Oberland" bildet anscheinend eine versteckte Fortsetzung des „Freikorps Oberland", da die Geschäftsstelle sich in der Wohnung des früheren Führers dieses Korps, Hauptmann Horadan, befindet. Die Bedingung, dem „Vorstand" „bedingungslos" Folge zu leisten, gibt zweifellos zu denken.

Freikorps Oberland war stark antisemitisch. Falls der „Bund Oberland" irgendwo antisemitisch hervortritt, bitten wir um umgehende Benachrichtigung.

15. Konfessionelle Internationale.

Die Antisemiten glauben dem Judentum daraus einen Vorwurf machen zu sollen, daß dieses freimütig betont, es bestände eine internationale Zusammengehörigkeit der Juden in konfessioneller, humanitärer, bzw. charitativer Beziehung, die aber mit dem nationalen Empfinden nicht das geringste zu tun habe. Diese letztere für das Zugehörigkeitsgefühl zur deutschen Heimat höchst wichtige Erklärung wird wohlweislich verschwiegen. Wie haltlos es ist, den Begriff „international" eo ipso für verächtlich zu erklären, und wie ungerecht es ist, daß in einer ganz beschränkten Beziehung von Juden gebrauchte Wort diesen zum Nachteil anzurechnen, anderen Konfessionen aber nicht, beweist eine in der „Vatikanischen Rundschau" (Münchener katholische Kirchenzeitung) vom 9. 10. 1921 enthaltene Ausführung. In derselben heißt es:

„Die Wiederherstellung der Beziehungen unter den Katholiken der ehemals feindlichen Länder hat bisher zu verschiedenen Bestrebungen geführt, die sich eine „katholische Internationale" zum Ziele gesetzt haben. Nun ist ja die katholische Kirche selbst schon die katholische Internationale und in dem Augenblick, da sie aufhören würde, international zu sein, würde sie auch aufhören katholisch zu sein, da sich beide Begriffe decken."

Es wird dann ausgeführt, daß der Papst selbst eine Vereinigung der internationalen katholischen Vereinigungen zu einer Zentrale der katholischen Internationale zur Lösung der sozialen Frage sehnlichst gewünscht habe und daß daher in Belgien eine „Apostolische Völkerliga", in Haag eine internationale katholische Völkerliga", in Haag eine „internationale katho-Internationale" gegründet sei. Aus den fünf Bodenseestaaten seien vom 17. bis 19. Mai 1921 etwa 150 führende Persönlichkeiten zwecks Aussprache über akute, das katholische Leben berührende Fragen zusammengekommen.

Gegen diese katholische Internationale ist bisher von keiner Seite aus Stellung genommen. Es wäre ja auch ein Wahnsinn, wenn Deutsche irgend einer Konfession gegen eine solche Vereinigung mit idealen Zielen auftreten wollten, nur weil es sich vielleicht auch um Katholiken anderer, bisher feindlicher Staaten handeln könnte. Da solches nicht geschehen ist und geradezu undenkbar ist, erscheint es aber als absurd, dem Judentum die Betonung des „Internationalen" in rein konfessionellen oder humanitären Fragen zum Vorwurf zu machen.

16. „Rabbiner begünstigen jüdische Drückeberger".

Wir gaben seinerzeit bekannt, daß in dem „Völkischen Beobachter" und in der „Nürnberger Stadtzeitung" ein Artikel „Jüdische Frontsoldaten", offener Brief an die Regierung des Freistaats Bayern, veröffentlicht worden ist, in dem es u. a. hieß:

„Die Regierung weiß aber auch, daß während des Krieges die Rabbiner die Drückebergerei jüdischer Heerespflichtiger in hohem Maße begünstigt haben und sich sogar dafür noch bezahlen ließen."

Auf die Privatklage von 20 bayerischen Rabbinern ist zunächst die Eröffnung des Hauptverfahrens abgelehnt worden, auf Beschwerde ist dann aber die Eröffnung erfolgt. In der Hauptverhandlung vor dem Schöffengericht München am 28. 10. 1921 sind nunmehr wegen Beleidigung verurteilt worden:

stud. phil. Braßler zu 500 M. Geldstrafe (als Verfasser des Artikels),

stud. phil. Eder zu 500 M. Geldstrafe (als verantwortlicher Schriftleiter des „Völkischen Beobachters"),

stud. phil. Schulze zu 300 M. Geldstrafe (als verantwortlicher Schriftleiter der „Nürnberger Staatszeitung".

Das Urteil ist rechtskräftig geworden.

Auch der bekannte Antisemit, Dr. Karl Grunsky, hat in einer in der „Süddeutschen Zeitung" erschienenen Artikelserie, betitelt „Die Judenfrage im Spiegel von Schrifttum und Wissen" die Behauptung ausgesprochen, Rabbiner begünstigten jüdische Heerespflichtige und ließen sich dafür bezahlen. Auf den vom württembergischen Rabbinerverein gestellten Strafantrag — eine Anfrage bei der „Südd. Zeitung", ob württembergische Rabbiner gemeint seien, blieb ohne Antwort — erklärte Grunsky in der „Süddeutschen Zeitung", daß sich seine Behauptung nicht auf württembergische oder deutsche Verhältnisse beziehe.

17. Drygalski zur Rassenfrage.

Der neue Rektor der Universität München, von Drygalski, hielt am 26. November seine Antrittsrede, in der er auch die Rassenfrage streifte. Der „Süddeutschen Presse" vom 29. November zufolge sagte Drygalski darüber folgendes:

„Was die Rassenfrage betreffe, so deckten sich die Begriffe Rasse und Volk heute nicht, denn gerade die großen Völker und Nationen bestünden aus verschiedenen Rassen und ebenso alle europäischen Staaten. Nur tiefstehende Völker, wie z. B. Nomaden, halten auf die Reinheit der Rasse und haben deshalb, trotz höherer Stellung im einzelnen, die Entwicklung seßhafter Völker nie erreicht."

Diese Aeußerung ist beachtenswert, umsomehr als Drygalski zwar politisch nie hervorgetreten ist, im wesentlichem aber auf dem Boden der deutschnationalen Partei steht. Seine nationale Gesinnung steht außer Zweifel. Bemerkenswert ist der Mut, mit dem er der Auffassung der rechtsstehenden Studentenschaft entgegengetreten ist.

18. Ludendorff vor dem „Blutgericht".

Der Prager antisemitische Studentenverein „Germania" wählte, einer Meldung des Berliner Tageblatts vom 1. 12. (Abendausgabe) zufolge Ludendorff und Helfferich zu Ehrenmitgliedern. Stinnes, der auch vorgeschlagen war, kam um diese Ehrung, weil ihm eine Stimme die Rassereinheit absprach. Hierzu brachte das Tageblatt am 4. 12. (Morgenausgabe) eine Zuschrift aus Leserkreisen, in der auf einen Artikel der „Familiengeschichtlichen Blätter" des Organs des deutschen Familienarchivs, Leipzig, verwiesen wird, wonach einer der Vorfahren Erich Ludendorffs, der Stettiner Kaufmann Otto Ludendorff, die Tochter eines Seidenhändlers Abraham Weilandt geheiratet hatte.

Was wird die „Germania" nun tun?

19. Wo sitzen die Wucherer?

In der Nr. 27 der Mitteilungen des v. Js. (s. auch Mitteil. Nr. 12 d. J.) hatten wir einen ausführlichen Aufsatz über die bayerischen Verhältnisse gebracht, soweit sie sich auf Vorkommen von Wucher, Lebensmittelzurückhaltung und Schiebung beziehen. Aus der Fülle des uns aus der bayerischen Presse hierüber dauernd zugehenden Materials seien einige Meldungen der letzten Wochen verzeichnet: Bayerischer Kurier vom 17. 11. 21: Die Landwirte Heinrich Meier von Hörmatzen und Johann Reichardt von Albatsried wurden wegen Milchfälschung zu je 2 Monaten Gefängnis und 3000 Mark Geldstrafe verurteilt. — Der Landwirt Franz Plonner in Moosach wurde vom Schöffengericht wegen Getreidehinterziehung mit 9000 Mark Geldstrafe, eventuell 1 Jahr Gefängnis, verurteilt. — Das Schöffengericht in Mühldorf verurteilte nach einer Meldung der „Münchener Post" vom 29. 10. den Käsereibesitzer Georg Straub in Augsburg wegen Preistreiberei zu 2 Monaten 5 Tagen Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe.

20. Antisemitische Statistik.

Unter der Ueberschrift „Die lieben Gäste aus dem Osten" brachten Ende November 1921 die „Lübeckischen Anzeigen" eine Notiz, die von Ostjuden begangenen Kriminalverbrechen seien von 7579 Fällen in den ersten 9 Monaten des Jahres 1920 auf 16 522 Fälle im gleichen Zeitraum des Jahres 1921 gestiegen. Die Angaben stammten von einem „Pressebüro Nordwest, Bremen" benannten Korrespondenzbüro.

Die angestellten Ermittelungen ergaben nun, daß

1. das genannte Korrespondenzbüro irgend ein Hakenkreuzlerbüro ist, das keinen Anspruch auf Beachtung erheben darf,

2. eine Statistik des Reiches für dieses Jahr überhaupt noch gar nicht erschienen ist.

Die Tatsachen erklären die Unwahrheit der Angaben in der betr. Notiz.

21 Tragen des Hakenkreuzes von Beamten im Dienst.

Auf eine Beschwerde des Landesverbandes Niederschlesien, daß ein Richter in Liegnitz im Dienst das Hakenkreuz getragen hatte, erging folgender Bescheid des Landgerichtspräsidenten:

„Nach Erörterung der Angelegenheit habe ich Grund zu der Annahme, daß der in Betracht kommende Richter das Hakenkreuzabzeichen im Dienste nicht mehr tragen wird".

* * *

In Breslau trug ein Beamter am Fahrkarten-Verkaufs-Schalter ein Hakenkreuz. Die Vorhaltungen zweier jüdischer Herren beantwortete dieser Beamte in herausfordernder Weise, gab auch der Forderung eines christlichen Herrn, das Abzeichen abzulegen, keine Folge, bis dieser dem Beamten das Hakenkreuz abriß. Auf eine am 5. September eingereichte Beschwerde an die Eisenbahndirektion Breslau erfolgte nachstehende Entscheidung:

Eisenbahndirektion Breslau, den 1. November 1921.
3 Pr. P. 24 a
Zum gefl. Schreiben vom 5. und 8. d. M. und 21. Oktober d. J.

Wir haben gegen Sie und gegen den Direktor Klee, Breslau, Opitzstraße 32, bei der hiesigen Staatsanwaltschaft Strafantrag wegen Beleidigung des Eisenbahnaushelfers Mahlitz in Breslau, Goethestr. 78, gestellt.

Im Uebrigen haben wir angeordnet, daß das Hakenkreuz im Schalterdienst nicht getragen werden darf."

Ueber die Behandlung dieses Strafantrages werden wir weiter berichten.

22. Antisemitische Klebezettel auf Postsendungen.

Auf eine Beschwerde des Central-Vereins hat die Oberpostdirektion uns am 29. 11. mitgeteilt, daß das Reichspostministerium in einer vor einiger Zeit ergangenen allgemeinen Verfügung alle Postdienststellen darauf hingewiesen hat, „daß es dem Personal selbstverständlich untersagt ist, auf Postsendungen oder auf Abschnitten von Postkarten, Anweisungen usw., mit denen es amtlich Befassung hat, irgendwelche handschriftlichen Vermerke mit antisemitischem oder sonstigem Anstoß erregenden Inhalt anzubringen oder Zettel der genannten Art aufzukleben..... Fälle wie der vorliegende sind als Ausnahmefälle anzusehen; sie werden bei Bekanntwerden jedesmal eingehend untersucht und weiter verfolgt."

Wir machen darauf aufmerksam, daß alle derartigen Fälle sofort der zuständigen Oberpostdirektion zu melden sind; Abschrift der Eingabe ist gleichzeitig der Zentrale zu übersenden.

23. Juden als Bergsteiger.

Seit Kurzem machen sich im Deutsch-Oesterreichischen Alpenverein, dessen Aufgaben völlig unpolitisch sind, antisemitische Umtriebe bemerkbar. Verschiedene Sektionen z. B. Innsbruck, Köflach und Austria nahmen Beschlüsse an, die sich entweder gegen die Neuaufnahme jüdischer Mitglieder oder gegen jüdischen Besuch der Hütten wandten. Bemerkenswert ist, daß diese Bestrebungen hauptsächlich von den österreichischen Sektionen ausgehen. Bei der letzten Verbandstagung der Deutsch-Oesterreichischen Alpenvereine ist die Frage des Ausschlusses der Juden erneut behandelt worden und es stellte sich heraus, daß eine starke Mehrheit sich für den Ausschluß aussprach, zu einem Antrag kam es

jedoch nicht. In diesem Zusammenhang sei auf folgende hervorragende jüdische Bergsteiger hingewiesen:

Professor Dr. Gottfried Merzbacher in München. Derselbe hat eine Anzahl Erstbesteigungen in den Kalkalpen ausgeführt und ist als Kaukasusforscher bekannt.

Apotheker Dr. Fritz Pflaum. Er hat in den West- und Zentralalpen zahlreiche Touren, vielfach als Alleingeher, ausgeführt. Er gehörte der Sektion Bayerland und dem Akademischen Alpenverein an und starb 1907 in verhältnismäßig jungen Jahren infolge eines am „Mönch" erlittenen Bergunfalls.

Dr. med. Alfred Dessauer. Derselbe war auch alpin-schriftstellerisch tätig und starb im ersten Kriegsjahre infolge einer in den Tropen auf einer Exkursionsreise zugezogenen Krankheit, ebenfalls in jungen Jahren, kurz nach seiner Rückkehr.

Für die Uebermittlung weiteren Materials in dieser Richtung wären wir dankbar.

24. Freiherr von Wolzogen.

Seit einiger Zeit erscheinen in Westermanns Monatsheften unter dem Titel „Aus meinem Leben" Aufsätze von Ernst von Wolzogen, die stark antisemitischen Einschlag haben. Verhandlungen mit dem Verlage hatten folgendes Ergebnis:

Verlagsdirektor Reichel erklärte:

Der Schriftleitung hat das Manuskript nicht vorgelegen und die Schriftleitung gesteht zu, hierbei nicht vorsichtig vorgegangen zu sein. Nachdem ihr aus den einzelnen Artikeln, die zur Drucklegung übersandt wurden, die antisemitischen Tendenzen bekannt wurden, hat sie sich mit Wolzogen in Verbindung gesetzt und auch erreicht, daß gewisse Abschwächungen vorgenommen worden sind. Der Verlag wird sich mit der in Berlin befindlichen Schriftleitung in Verbindung setzen, um für den kleinen Rest der noch zu veröffentlichenden Erinnerungen eine bedeutende Abschwächung der antisemitischen Auslassungen herbeizuführen.

Im übrigen betonte Verlagsdirektor Reichel, daß die Juden in Zukunft keinen Anlaß zu Beschwerden über antisemitische Auslassungen in Westermanns Monatsheften haben werden; er lege darauf Wert, daß dies bekannt wird und betont, daß sein Organ politisch und konfessionell vollkommen neutral ist.

25. Bayreuther Bund.

Auf verschiedene Anfragen teilen wir mit, daß der Bayreuther Bund vor einer Reihe von Jahren von Wagnerfreunden begründet wurde. Zu den Begründern und Mitgliedern zählt auch eine Anzahl Juden. Offiziell ist der Bayreuther Bund eine Vereinigung mit künstlerischen Aufgaben und Zielen. In neuerer Zeit betätigt sich jedoch ein großer Teil der Mitglieder privatim mehr oder minder antisemitisch. So sind unter anderem die bekannten Antisemiten Chamberlain, Pfitzner und Dr. Grunsky, ein in Süddeutschland bekannter Antisemit, Mitglieder des Bayreuther Bundes.

26. Deutsche Arbeit.

Die in Rastenburg erscheinende, radikal antisemitische Zeitung „Deutsche Arbeit" wird mit Ablauf dieses Vierteljahres ihr Erscheinen einstellen. Damit verschwindet die bisher einzige deutschvölkische Zeitung in Ostpreußen.

27. Entweder — Oder.

Unter dem Titel „Entweder-Oder" erschien seit Anfang November wöchentlich Freitag Nachmittag ein „Volksblatt für deutsche Frauen und Männer der Tat" in Essen und Mühlheim-Ruhr. Herausgeber ist: Entweder-Oder, Verlagsgesellschaft m. b. H., Kettwig-Ruhr, Postscheckkonto 16881 Essen". Es trug auf schwarzem Grunde Bismarcks weiße Silhouette, daneben ein auf einer schiefen Ebene hinrollendes Rad. Verantwortlich für Politik, Allgemeines und Anzeigen: H. Wietze, für die Frauenbeilage: Johanna Weißkirch in Kettwig. Das Blatt hatte zweifellos antisemitischen Charakter. Das Material schien vielfach aus dem „Völkischen Beobachter" und dem „Hammer" entnommen zu sein, enthielt auch längst abgetane Sachen. Nach 4 Wochen war das Blatt wieder eingezogen.

Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß man versucht, Deutschland mit einem Netz kleiner antisemitischer Zeitungen vorstehenden Charakters zu überziehen. Wir bitten, uns umgehend auf alle neu erschienenen Blätter unter Einsendung einiger Probe-Exemplare aufmerksam zu machen.

28. Nationle Einheitsfront E. V.

(Früher „Volksbund gegen Bolschewismus".)

An eine Reihe jüdischer Großfirmen ist ein gedruckter Aufruf der „Nationalen Einheitsfront", Bendlerstraße 16, gelangt, worin zu Beiträgen behufs Mobilmachung gegen das deutsche Schuldbekenntnis aufgefordert wird. In dem Aufrufe wird das deutsche Volk „ohne Rücksicht auf Partei, Stand und Beruf" aufgerufen. Auf eine Anfrage, wie der Bund sich zum Antisemitismus stelle und ob er bereit sei, auch die Worte „das deutsche Volk ohne Rücksicht auf Abstammung und Glaubensbekenntnis" in das Rundschreiben aufzunehmen, ging folgende, wenig befriedigende Antwort ein:

„Bei Erfüllung und Lösung der uns gestellten Aufgabe sind wir nicht in der Lage, auf die von Ihnen angedeutete Konfliktsfrage einzugehen, da sie mit unserer Arbeit nicht das mindeste zu tun hat."

Wir können unseren Freunden infolgedessen die Unterstützung der „Nationalen Einheitsfront" nicht empfehlen.

29. Süddeutsche Presse.

In München existierte bis vor kurzem keine nichtsozialistische Zeitung, die den Judenhaß bekämpfte. Seit einiger Zeit erscheint dort ein demokratisch gerichtetes Blatt, „Die Süddeutsche Presse", das in ausgezeichneter Weise in unserem Sinne Stellung zur Judenfrage nimmt. Es scheint daher geboten die „Süddeutsche Presse", soweit es in den Kräften unserer Freunde liegt, durch Abonnement, Inserate usw. zu fördern.

30. Antisemitische Beweisführung.

Die in Stuttgart erscheinende „Schwäbische Tageszeitung" druckt in ihrer Nr. 270 einen Artikel „Jüdische Wirtschaftsdik-

tatur" aus dem „Miesbacher Anzeiger" nach. Wie schon der Titel besagt, soll durch Prozentberechnung der Nachweis geführt werden, daß die „Juden" in Industrie, Verkehr und Handel durch ihre Ueberzahl die Tätigkeit der „Deutschen" erdrücken. Als Beweis werden Zahlen angeführt, aus denen die Oberflächlichkeit der ganzen Beweisführung schon hervorgeht. In der Industrie sollen nach dem Artikel 6,7 Prozent Deutsche und 22,5 Prozent Juden tätig sein. Ueber die fehlenden 72 Prozent wird kein Aufschluß gegeben. Im Handel arbeiten 16,7 Prozent Juden gegen 21,1 Prozent Deutsche; auch über die 62,2 Prozent, die in diesem Fall übrig bleiben, ist nichts gesagt. Die gleichen Resultate ergeben sich aus den übrigen Zusammenstellungen.

31. Optionsrecht.

Um das deutsche Staatsbürgerrecht sich zu erhalten, auch wenn die betr. Persönlichkeiten in Polen wohnen bleiben, ist eine Optionserklärung notwendig, die bis spätestens 10. Januar 1922 bei den Optionsbehörden eingegangen sein müssen, zweckmäßig vor dem deutschen Konsulat in Posen oder schriftlich vor den amtlichen deutschen Vertretungen des Auslandes unter Beglaubigung der Unterschrift durch einen amtlichen deutschen Vertreter.

Berechtigt zur Option sind alle über 18 Jahre alten Personen, die am 10. Januar 1920 in den abgetretenen Gebieten ihren Wohnsitz hatten.

Wer nach dem 1. Januar 1908 in den abgetretenen Gebieten sich einen Wohnsitz begründet hat, behält die deutsche Staatsangehörigkeit, ohne optieren zu müssen.

Die Option des Ehemannes muß für die Ehefrau und die Kinder unter 18 Jahren ausgesprochen werden.

In Deutschland befindliche Personen über 18 Jahre geben ihre Optionserklärung durch schriftliche Eingabe an den Regierungspräsidenten, in Berlin an den Polizeipräsidenten, ab. Unterschrift muß polizeilich oder notariell beglaubigt sein.

Für den, der unter Vormundschaft steht, gibt der Vormund die Optionserklärung ab.

Wer optiert, hat das Recht, noch mindestens ein Jahr in den abgetretenen Gebieten zu bleiben.

Die Optierenden dürfen ihr gesamtes bewegliches Eigentum zollfrei nach Deutschland mitnehmen.

32. Zur gefälligen Beachtung.

Wir haben alle Vorbereitungen getroffen, um am 1. Januar

ein Zeitungsarchiv des Centralvereins

errichten zu können, das allen Anforderungen auch unserer Freunde im Lande entsprechen soll. Wir richten daher die dringende Bitte an alle Ortsgruppen, uns

Zeitungsnummern, die für unsere Bestrebungen wertvolle Meldungen oder Aufsätze

enthalten, uns fortan

in zwei Exemplaren

zuzusenden.

Dankbar würden wir es begrüßen, wenn alle Ortsgruppen die bewährte Einrichtung zu der ihren machen würden,

einen Press-Vertrauensmann

zu ernennen, der alle Blätter des Ortes und der Umgegend zu prüfen und für uns in Betracht kommende Zeitungen und Zeitschriften sofort an uns abzusenden hat.

Des weiteren bitten wir herzlich und dringend, diejenigen Zeitungen, die Berichte über die

Hauptversammlung des Centralvereins am 20. November

enthalten haben,

uns umgehend in 2 Exemplaren zuzusenden.

Centralverein.

* * *

Der nachfolgend abgedruckte Zettel sollte von den Ortsgruppen und Landesverbänden jedem Brief beigelegt werden. Derartige Zettel sind von der Zentrale zu beziehen.

Man sagt:

Die jüdische Opferwilligkeit ist berühmt.

Urteilt selbst:

Der Eisenbahnbeamte zahlt an seine Gewerkschaft einen Durchschnittsbeitrag von jährlich 130 Mark.

Der Bauarbeiter zahlt an seine Gewerkschaft einen Durchschnittsbeitrag von jährlich 364 Mark.

Der deutschnationale Handlungsgehilfe zahlt an seinen Verband einen Jahresbeitrag von **240 Mark.**

Und wieviel bezahlst Du an den Centralverein?

Beschämend und vernichtend fällt der Vergleich für die jüdische Opferwilligkeit aus, vergleichst Du, selbständig verdienender deutscher Jude, Deinen Beitrag mit diesen Summen. Und doch zahlst Du ihn nicht für andere, sondern für Deine Selbstunterhaltung! Sehr wenig ist es daher, wenn wir durchschnittlich **100 Mark Jahresbeitrag** von Euch verlangen. Wir müssen unsere Gegner entwaffnen! Nach gewissenhaftester Selbsteinschätzung tue Dein Möglichstes, denn nur dann können wir allen antisemitischen Angriffen wirkungsvoll entgegentreten.

Darum säume nicht!

Erhöhe Deinen Mitgliedsbeitrag!

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß es sich unter keinen Umständen empfiehlt, in Versammlungen des Centralvereins

a) Flugblätter, die nicht von unserem Verein ausgehen und deren Inhalt infolgedessen nicht restlos von uns gedeckt werden kann,
b) Flugblätter, deren Angaben durch die Zeit überholt sind, zu verteilen.

In allen Fällen muß eine genaue Nachprüfung des Inhalts der zu verteilenden Flugblätter erfolgen.

Wir sind gern bereit, die erforderlichen Auskünfte — evtl. drahtlich — zu geben.

33. Berichtigung.

In dem in der vorigen Nummer erschienenen Artikel „Die antisemitische Rassenbewegung" haben sich zwei Druckfehler eingeschlichen. Seite 155 Abschnitt 4 b und Abschnitt 6 muß es statt Eberlein Chamberlain heißen.

Verantwortlich: Syndikus Dr. Ludwig Holländer, Berlin SW 68, Lindenstr. 13 I.